

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich M. 1.00. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069 a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Beilage oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, spätere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 190.

Wittwoch, den 16. August 1905.

12. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der Verräter in der Schlinge.

Der „Vorwärts“ schreibt:

Das Zentrum ist mit seiner Zustimmung zum Berggesetz in eine so kritische Lage geraten, daß seine Herrschaft über die christlichen Arbeiter tatsächlich schwer erschüttert scheint. Allzu deutlich hat es sich gezeigt, daß auch das Zentrum nur eine kapitalistische Partei ist. Man sieht das in den Reden der christlichen Arbeiter, von welchem Einfluß die Grubenmagnaten sind, die auch im Zentrum zahlreich zu finden sind, und man wird sich mehr und mehr in diesen Reden darüber klar, daß es für Protestanten auch keinen Augenblicksvorteil bedeutet, wenn eine ihrer Interessen angeblich vertretende Partei von Gründen der Regierungsfähigkeit und kirchenpolitischen Tendenzen geleitet wird. Wenn das Zentrum einer Vorlage zur Annahme verhoheit hat, deren Bestimmungen sie noch wenige Tage vorher als ganz ungeheuerlich, als einen Hohn auf die Arbeiter erklärt hat, so ist es damit in seinen Verbalen an die von ihm abhängige Regierung allzu weit gegangen, als daß nicht selbst seine getreuesten Anhänger zu manen begännen, welches Spiel mit ihnen getrieben wird. Dem Zentrum fehlt es eben neuerdings an klugen Führern. Der Augenblickserfolg blendet es so sehr, daß es nicht merkt, wie weit auch eine „regierende“ Partei, wie das Zentrum, in ihren Kompromissen und Konzessionen gehen darf, ohne zu scheitern.

Seitdem das Berggesetz in Kraft getreten ist, befindet sich die Zentrumsprelle im Zustand größter geistlicher Verwirrung. Zuerst kam die Aufforderung an die christlichen Arbeiter, sie möchten sich ja nicht durch die sozialdemokratischen Führer verleiten lassen, die Arbeiter selbst trügen die Verantwortung, wenn aus dem Berggesetz nicht so viel Vorteil herausginge, wie in ihm steckt. Der „Vorwärts“ sagte sofort, wie sich denn die Arbeiter an der Durchführung des Berggesetzes beteiligen könnten, da sie als am Streik Beteiligten nicht einmal bei den ersten Ausschüssen aktiv oder passiv wahrheitsgemäß seien. Die Zentrumsprelle antwortete, die Unternehmer würden schon so „entgegenkommen“ sein, etwaige Härten zu beseitigen. Der „Vorwärts“ erwiderte, selbst wenn die Unternehmer entgegenkommend sein wollten, so könnten sie es nicht, sie seien gesetzlich genötigt, eine ununterbrochene Beschäftigungsbauer auf einem Bergbau ein und drei Jahren als Voraussetzung des Wahlrechtes zu fordern. Nun lenkten die Zentrumsorgane ein. Zuerst versuchte man es mit der Ausrede, auf Grund angeblicher „authentischer Informationen“, der Streik gelte nicht als Unterbrechung der Beschäftigungsbauer. Wir führten demgegenüber einfach die Deklaration an, die der Minister Möller in der Kommission und im Plenum des Herrenhauses abgegeben hatte. Jetzt fand die Zentrumsprelle keinen Ausweg mehr, und so arbeitete man nun mit der Hoffnung, die Unternehmer hätten bei dem Streik wohl die Drohung nicht wahr gemacht und wenigstens die Mehrheit der Arbeiter nicht auch formell aus der Arbeiterschaft gestrichelt. Für die Widerrechtlichkeit der Streikenden also gab man bereits zu, daß sie nicht wahrheitsgemäß seien.

Jetzt aber scheint es, als ob das Zentrum seiner Sache doch nicht sicher ist und nicht mehr daran glaubt, daß jene formelle Streichung aus der Arbeiterschaft in größerem Umfang unterlassen sei. Auch die christlichen Arbeiter bewegen sich offenkundig mehr und mehr über das Gesetz. So weiß die „Germania“ traurig auf eine Zusammenkunft aus dem Kreise der christlichen Arbeiter hin, die in einem Zentrumsorgan veröffentlicht wurde und in der es heißt:

Zweitens ist es für jeden, der die Verhältnisse im Ruhrgebiet kennt, ganz selbstverständlich, daß mit dem Tage, an welchem bekannt gemacht wurde, nur die Arbeitswilligen hätten das Wahlrecht, eine neue Bewegung ausbrechen würde. Die Organisationen würden und könnten eine solche Bekanntmachung nicht ohne Kampf hinnehmen. Auch die christlichen Arbeiter würden eine solche Ungeheuerlichkeit und Zurücksetzung unter keinen Umständen sich gefallen lassen. Wie ein Mann würden sie sich zum Kampfe erheben.

Auch die christlichen Bergleute sind mit dem Berggesetz lange nicht zufrieden, sie sind aber gewillt, dort, wo ihnen durch das Gesetz die Möglichkeit dazu gegeben ist, dasselbe auch ausprobierten zu helfen. Würde man aber diejenigen Bergleute, welche damals gestreikt haben, bei der ersten Wahl ausschließen, so wäre dies unmöglich. Die Erbitterung gerade unter den christlich-national gesinnten Arbeitern würde dann Wellen schlagen, welche bedeutend höher gingen, als beim letzten Streik.

Die „Germania“ hat sicher recht, wenn die Zentrumsprelle es früher auch und gegenüber geleugnet hat, daß, sofern die streikenden Arbeiter seinerzeit die Abkehr formell erhalten haben, sie gesetzlich nicht wahrheitsgemäß sind. Und die „Germania“ ist offenbar ferner der Anschauung, daß die Unternehmer tatsächlich in größtem Maßstabe ihre

Drohung wahr gemacht haben, daß die Unternehmer im Ruhrgebiet auf dem Standpunkt stehen, die am Streik beteiligten Arbeiter seien nicht wahrheitsgemäß; es wäre ja auch widersinnig, anzunehmen, daß die Herren vom Ruhrgebiet, denen die aufgezogenen Ausschüsse in der Seele verhaft seien, ihr Recht nicht in aller Schärfe in Anspruch nehmen würden. Und weil die „Germania“ die Wirkung fürchtet, die auf die christlichen Arbeiter ausgeübt werden muß, wenn sie sehen, daß das vom Zentrum gebilligte und vom Zentrum erreichte Gesetz lediglich Streikbrecherauschlüsse ermöglicht, darum beugt sie schon jetzt vor und rehet den christlichen Bergarbeitern zu, auch in diesem Falle sich zu fügen. Das Blatt schreibt:

Das Bergarbeiterschutzgesetz ist nunmehr veröffentlicht und die Bestimmungen bezüglich der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen sind ziemlich klar und haben zudem eine maßgebende Interpretation gefunden, die von nicht zu rütteln ist. Es ist nun der Fall, die Grubenverwaltungen hätten wider alles Erwarten und die Überzeugung der christlichen Bergleute die streikenden Bergleute aus der Wahlgeldliste gestrichelt, so wäre man doch an das Gesetz und seine maßgebende Interpretation gebunden und würde die Bergleute, die gestreikt haben, von den Wahlen ausschließen. Davon kann keiner, auch die Regierung nicht, vorab etwas ändern, auch eine Drohung mit einem neuen Streik und selbst ein solcher würde an dem Gesetz vorab nichts zu ändern vermögen. Ein Streik um die Wölfe von keinem allen Ernstes erwartete Ausschließung so massenhafter Bergleute von den erstmaligen Wahlen zu den Arbeiterausschüssen würde zweifellos den Charakter eines politischen Streiks haben, den doch sogar die sozialdemokratischen Gewerkschaften auf ihrem letzten Kongress als unbillig und nicht angängig von der Hand gewiesen haben.

Es ist ein gelungener Einfall der „Germania“, daß sie die Bestimmungen des vom Zentrum doch selbst durchgedrückten Gesetzes plötzlich nur „ziemlich“ klar findet. In dem „ziemlich“ will sich das Zentrum vor der Verantwortung drücken. Es will Mißverständnisse vorziehen können, es will Ausreden und Ausflüchte gegenüber den empörten christlichen Arbeitern sich ermöglichen. Warum sollte man nicht leichtlich, wenn die letzte Hoffnung scheitert, um die christlichen Arbeiter mit dem Gesetz auszuweichen, die Sache darauf hinausspielen, daß die Zentrumsaktion durch eine andere Auffassung über den Sinn des Gesetzes irreführt worden sei, und wie sie dann tatsächlich bei der Ausführung hineingelagert worden sei. In Wirklichkeit sind nämlich die Bestimmungen des Gesetzes gar nicht nur „ziemlich“ klar, sondern ganz klar. Welches Armutszeugnis stellt die „Germania“ den Gesetzgebern des Zentrums auch aus, wenn sie behauptet, daß sie ein Gesetz haben passieren lassen, ja sogar recht eigentlich durchgeführt haben, dessen Bestimmungen nicht einmal vollständig klar seien. Es ist ganz klar, daß die am Streik beteiligten Arbeiter bei diesen ersten Ausschüssen nicht wahrheitsgemäß sind, sofern sie die Abkehr erhalten haben.

In welchem Umfange das Untermertum diese formellen Bedingungen erfüllt hat, wissen wir noch nicht genau, aber wir zweifeln nicht daran, daß für den größten Teil der am Streik beteiligten Bergarbeiter die Bedingung zutrifft und daß die an sich so gut wie wertlosen Ausschüsse unter diesen Umständen Streikbrecherauschlüsse sein werden. Auch die „Germania“ vermutet diesen Ausgang der Dinge, und darum eben versucht sie, den Bergarbeitern einzureden, daß sie selbst dann ruhig Blut bewahren müssen.

Ob die christlichen Bergarbeiter die durch die unmittelbare Erfahrung empfundene Enttäuschung über das Gesetz — die Bergarbeiter des freien Verbandes können keine Enttäuschung erleben, weil sie niemals in dem Wahn befangen waren, daß es sich bei dem Gesetz um ein Arbeiterschutzgesetz handelte — durch einen neuen Streik beantworten wollen, das zu entscheiden ist nicht die Aufgabe einer politischen Partei. Es ist aber interessant, daß das Zentrum sich bewegen fühlt, die christlichen Arbeiter in dieser Hinsicht zu beeinflussen, obwohl doch die Gewerkschaften unpolitischer Natur sein sollen. Uns ist fernec sehr beachtenswert und stimmt überein mit den neulich von uns erwähnten Äußerungen des Zentrumsabgeordneten Marx wie die „Germania“ einen um Arbeiterausschlüsse geführten Streik slugs für einen „politischen“ und deshalb unzulässigen Streik erklärt. Das Zentrum ist prinzipiell gegen Streiks, machte aber bisher den Arbeitern in dieser Hinsicht Konzessionen. Hat das Zentrum jetzt die rettende Formel gefunden, wie es jeden Streik bekämpfen kann, indem es ihn als politischen Streik benutzert? Ja keinem höchsten Sinn kann natürlich einen Streik, der in einem Verufe um Arbeiterausschlüsse geführt wird, also gerade um die vom Zentrum begünstigten unpolitischen Berufsorganisationen, für einen politischen Streik erklären. Es ist wirklich auffällig und verdächtig, wie das Zentrum jetzt den Begriff

des politischen Streiks einführt und bemüht, um die Ausübung des Koalitionsrechtes überhaupt zu bekämpfen.

Ob Streik oder nicht, darüber selbstverständlich werden sich die Bergarbeiter, auch die christlichen Arbeiter, selber schlüssig werden. Aber dafür wird die auflärende Agitation sorgen, daß die christlichen Arbeiter ihr Vertrauen nicht mehr einer Partei schenken dürfen, die sie so schmächtig hintergangen hat.

Politische Handfesseln.

Deutschland.

Handwerk und Befähigungsnachweis Die Ablehnung des Befähigungsnachweises durch eine Zweidrittelmehrheit auf dem Handwerks- und Gewerbetag in Kassel hat unter den verborgenen Umständen heftige Erregung hervorgerufen. Der Grimm dieser Värmacher wird seitlich an der Tatsache nichts ändern, daß diese Kardinalforderung der Zünftler niemals erfüllt werden wird. Nicht deshalb, weil, wie sie glauben machen wollen, der bürokratische Unverstand der Regierung sich ihren Argumenten verschließt, sondern weil die moderne kapitalistische Produktionsweise selbst herartige Zustände geschaffen hat, daß die Rückkehr zur Zünfterei nicht nur unmöglich ist, sondern daß diese Unmöglichkeit auch von den weniger vernagelten Kreisen des Handwerks selbst erkannt und rückhaltlos anerkannt wird. Die zünftliche Privilegiertenwirtschaft der Zünfterei legt einen Zustand der Produktion voraus, in dem der gewöhnliche Produzent nur für einen engen, lokalen Konsumtenkreis produziert. Schon mit der Ausbildung zentralisierter Staaten und großer einheitlicher Wirtschaftszweige geraten die Existenzbedingungen des Handwerks ins Wanken, also schon im 16. und 17. Jahrhundert. Der enge städtische Markt erweitert sich zum nationalen, die Massenproduktion überlebt sich, die Manufaktur und später die Fabrik kommen empor und untergraben die Existenz des zünftlichen Handwerks, bis die veränderten wirtschaftlichen Verhältnisse dann um die Wende des 18. Jahrhunderts durch Proklamierung der Gewerbefreiheit auch ihren äußeren politischen Ausdruck finden. Die überhaupt etwas legendäre Zeit des „goldenen Bodens“ des Handwerks war aber schon lange vorher unwiderrbringlich dahingefahren. Bereits im 16. und 17. Jahrhundert war die Organisation des Handwerks, weil überlebt, entartet. Der Andrang zünftiger Elemente war insoweit der Zerstörung der Naturalwirtschaft ein so großer geworden, daß sich die Zünfte gegen die verhasste Konkurrenz nur durch die kleinsten und unschäblichsten Mittel halten konnten. Man verlangte von dem Aufnahme ins zünftige Handwerk Nachsachenden eine Agnenprobe, man suchte auch sonst mit allen Mitteln die Zahl der Handwerker zu beschränken. Die Meisterprüfung wurde zu förmlichen Erpressungen benutzt, das zünftige Handwerk für die Meisterhöhe und Zunftgeschlechter zu monopolisieren gesucht. Zugleich gestralteten sich die Zünfte zu Kampforganisationen gegen die Gesellen, die zum großen Teil vergebens auf die Möglichkeit des Selbständigmachens hofften. Eine kleine privilegierte Elite schloß so mit den Kleinsten und unmoralischsten Mitteln die Masse der Gewerbstätigen vom selbständigen Handwerk aus. Ein Zunftschwärmer in Köln, der Reichstags-Abgeordnete Euler, betrieb sich auf den Kaplan Hise als Schwurzeugen für die Notwendigkeit und Herrlichkeit des Befähigungsnachweises, dieses Ecksteins der Zünfterei. Herr Euler konnte sich aber leicht in den Werken des gepriesenen Zentrumshistorikers Janssen über die Entartung der Zünfterei im 16. und 17. Jahrhundert orientieren. Vollends heute, ein Jahrhundert nach der Proklamierung der Gewerbefreiheit, im Zeitalter der Industrie, für den Befähigungsnachweis zu schwärmen, ist eine geradezu ungeheuerliche nationalökonomische Unwissenheit voraus. Der Befähigungsnachweis bedeutete, wie der Vertreter der Regierung, Geh. Regierungsrat von Seefeld, in Köln erklärte, wohl eine schändliche Benachteiligung der kleinen Handwerker, nimmermehr aber einen Schutz gegen die Konkurrenz des massenhaften Großbetriebes. Und diese kleinen Handwerker ohne Gehilfen bilden doch die Mehrzahl des Handwerks, nach der Gewerbezählung von 1895 nicht weniger als 674 042 von insgesamt 1 172 140! Freilich trägt die Regierung selbst die Schuld, die Zünftler zu immer unsinnigerer Begehrtigkeit angepörrt zu haben. Hat sie doch durch ihre Begünstigung der bauernfängerischen Mittelstandsretterei, durch die Zagekündnisse an dem zweifelsamen, ja gemetatschlichen Janungsauamel, durch die samose freiwilige Zwangsorganisation „des Handwerks usw. in den Kreisen der Euler und Konforten die abgeschmackte Einstellung großgezogen, daß die ganze unelge Zünfterei künstlich wieder galvanisiert werden könne! Die Sozialdemokratie hat den utopischen Forderungen der Zünftler gegenüber seit jeher auf den ehernen Gang der ökonomischen Entwicklung hingewiesen, durch den das Kleinhandwerk allmählich dem Ruin überliefert wird. Die Gewerbezählung von 1895 hat unwiderleglich bewiesen, daß nur wenige Zweige des Handwerks, wie Bäder, Fleischer, Barbier, Uhrmacher, Tapezierer, noch

Aussicht auf Fortentwicklung haben, daß aber in den übrigen Kreisen der Bevölkerung immer mehr zu einem allmählichen Konkurrenten des Handwerks wird. Die Sozialdemokratie kennt wie für das industrielle Proletariat so auch für das Handwerkerproletariat nur einen Rettungsweg: die Besetzung des gewerblichen Kleinbetriebes aufstrebenden Kapitalismus durch Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel! Wer nun entgegen allen wirtschaftlichen Tatsachen beim kleinen Handwerker eine andere Hilfe verspricht, ist entweder ein Narr oder ein Charlatan! Das haben weite Kreise des Handwerks auch erkannt und sich deshalb auch der Sozialdemokratie angeschlossen, die ja auch im übrigen durch ihren Kampf gegen die indirekten Steuern, den Wrot- und Fleischwucher, den Marxismus und die Welt- und Kolonialpolitik von allen Parteien ganz allein die Interessen des Mittelstandes schon für die Gegenwart vertritt!

Wo steht der Fehler? In der „Berliner Morgenzeitung“ schreibt ein höherer Eisenbahnbeamter mit Rücksicht darauf, daß bei dem Spremberger Eisenbahnungsglück wieder ein Stationsbeamter als Beschuldiger in Anspruch genommen wird, folgendes: „Wäre der Eisenbahnbureaokratie menschliche Fehlbarkeit nicht etwas Unbegreifliches, dann würde sie vielleicht auch eigene Fehlbarkeit erkennen, dann würde sie erkennen, daß gerade ihr eigener Unfehlbarkeitsglaube der Ursprung aller Fehler auch der Untergebenen ist. Das würde aber gleichbedeutend sein mit dem Fatalist, und darum ist die Selbsterkenntnis so schwer. Würde man zum Beispiel in der Seeschiffahrt die Kapitäne entlassen und ihre Posten durch die Baumeister, die das Schiff gebaut haben und unterhalten, aber niemals praktisch in der Seeschiffahrt tätig waren, im Nebenamt mit versehen lassen, so würde das schon jeder Baue, gelinde gesagt, als den Gipfel der Verleumdung bezeichnen. Und doch ist gerade diese Verleumdung der Gipfelpunkt der organisierten Weisheit einer unfehlbaren Eisenbahnbureaokratie; der Eisenbahnbetrieb wird von den Baumeistern, die die Bahn gebaut haben oder unterhalten, im Nebenamt mitversehen, ohne daß sie jemals selbstverantwortlich im Betrieb tätig gewesen sind. Daß hier eine Arbeitsstellung erforderlich wäre, ist der im Betrieben des Verleumderten stehenden Eisenbahnbureaokratie nie zum Bewußtsein gekommen. Obwohl sogar Hochbau und Maschinenbau, ja Neubau und Unterhaltung je eine Arbeitsstellung bedungen haben, hat man dennoch die bauliche Unterhaltung wieder mit der gänzlich fremden Betriebsleitung verquickt. Die Folge davon ist natürlich, daß sowohl bauliche Unterhaltung wie besonders der Betrieb durch diese Arbeitskomplikationen notleidern müssen. Das lehren uns die beiden jüngsten Unfälle (Altenbeken und Spremberg) wieder deutlich. Da hiernach zur Leitung des Eisenbahnbetriebes nur akademisch gebildete Nichtfachmänner zugelassen wurden, so entstand eine tiefe, unüberbrückbare Kluft zwischen akademischen Theoretikern und nichtakademischen Praktikern, akademischer Unverantwortlichkeit und nichtakademischer Verantwortung. In dieser Kluft liegt eine der größten permanenten Betriebsgefahren. Die beiden Welten verstehen einander nicht mehr, die eine ist der anderen unbegreiflich, sie stehen nur im Wechsel mit einander: der bekannte bürokratische Briefschreiber. Anstatt daß die befähigten und bewährten Praktiker (zum Teil nach weiterer Ausbildung auf einer zu schaffenden Eisenbahnbetriebsakademie) zu den leitenden Stellen vorrücken, werden sie von den akademischen Theoretikern übergehoben, und so wird ein bürokratischer Einfluß ausgeübt, der den Geist des gesamten Betriebspersonals in labilster Unfreiheit gelähmt hält und erbittert. Russisches, Allzurussisches in der Organisation des größten modernen Verkehrsinstituts! Die einseitige Strecke Rotbus-Görlich wird täglich von 24 bis 28 Zugfahrten befahren. Dazu kommen die Leerfahrten einzelner Maschinen. Diese Züge sind bis auf 4 nur Personen- und Schnellzüge. Eine solche Belastung der einseitigen Strecke mühte zu der Ermüdung führen, ob nicht die elektrische Streckenblockung einzurichten sei, die das Gegeneinanderabfahren zweier Züge mechanisch ausschließt, oder ob die Bahn nicht zweigleisig auszubauen sei. Daß ein einseitiger Betrieb ebenso sicher sei wie ein zweigleisiger, ist jedenfalls die erheiternde Neuerung bürokratischer Weisheit. Die Behauptung, daß ein einseitiger Betrieb ebenso sicher ist, wie ein zweigleisiger, rechne man dem Eisenbahnminister nicht persönlich an, denn sie ist die Anschauung seiner bürokratischen Betriebsreferenten. Als Bubde Minister wurde, begrüßte das das Heer der Eisenbahnbetriebsbeamten freudig, denn es hoffte, daß nun der niedergehaltene Geist der Progs etwas von der russischen Anbelegung durch akademische Theoretiker befreit würde. Lag doch in der Laufbahn Bubdes eine gewisse Gewähr dafür, daß er, wie beim Militär, so auch im Eisenbahnbetrieb eine Laufbahn schaffe, die erst durch die Praxis gehe und später noch durch eine besondere Fachakademie. Bis jetzt hat sich aber leider diese auf Bubde gesetzte Hoffnung nicht erfüllt; vielmehr gipfelt seine reformatorische Tätigkeit nur darin, daß er einige Präsidentenposten, die früher mit Juristen besetzt waren, nun mit Baumeistern besetzt hat.“

Keine Neuanlage des Silger-Strämerprozesses! Unser saarabisches Parteiblatt „Saarwacht“ ist in der Lage, mitteilen zu können, daß die Revision gegen das letztere Urteil von beiden Parteien zurückgezogen wurde. Herr Silger ließ durch seinen Rechtsbeistand dem Rechtsanwalt seine mitteilen, daß er die Revision zurückziehen werde, wenn die Gegenpartei dasselbe tue. Unter der gleichen Bedingung ist dann auch seitens des Genossen Kämer die Revision zurückgezogen worden. Somit wäre denn dieser Prozeß, der so viel Staub aufwirbelte, und der noch einen Meineidsprozeß gegen den Schlachthausaufseher Bremer als Nachspiel zu haben scheint, endgültig erledigt. Es dürfte auch wohl so am besten sein. Das allgemeine Interesse ist durch die beiden Verhandlungen voll befriedigt, und wenn ja auch das Material noch lange nicht erschöpft war, so bewegten sich doch die demselben zugrunde liegenden Tatsachen in dem Rahmen der zur Beweisaufnahme gestandenen Fälle.

Die Fleischnot. Aus Kattowitz meldet die „Frankf. Ztg.“: Nachdem der Landwirtschaftsminister v. Bobbelski gegenüber den Bürgermeistern Hauser-Mydlowitz und Stolle-Königsballe in einer Unterredung die sofortige Erhöhung des Einfuhrkontingents russischer Schweine für Oberschlesien wegen angeblicher Seuchengefahr abgelehnt hat, telegraphierten beide Bürgermeister an den Reichskanzler wegen einer Auktion in Sachen der Schweine. In Lausitz nächster Woche findet in Mydlowitz abermals eine Notstandskonferenz ober-schlesischer Magistrate statt. — Auch beim jüngsten Bülrow, dem Vater des agrarischen Zolltarifs, werden die Bürgermeister kaum Gehör finden. In besten Falle werden sie einige unverbindliche glatte Worte mit nach Hause nehmen. Aus Chemnitz wird geschrieben: Die Fleischernennung macht bekannt, daß in Anbetracht der fortgesetzt steigenden Viehpreise eine weitere Erhöhung der Fleischpreise unvermeidlich sei. Die Fleischpreise klagen nicht nur über den Mangel an Schlachttier, sondern auch über die schlechten Qualitäten, die sie für teures Geld anzukaufen genötigt sind. In Lausitz beschloß eine stark besuchte Volksversammlung, die Stadtverwaltung aufzufordern, angeht die gegenwärtige Fleischsteuerung die Schlachtsteuer aufzuheben und Schritte einzuleiten, damit die Grenzsperrung und die Viehzüge aufgehoben würden. — Es gibt keine Fleischnot sagt trotz alledem Bob!

Eine unterdrückte Kaiserrede. Wilhelm II. hat, nach einer „Vorwärts“-Mitteilung, noch eine andere Kaiserrede gehalten, die merkwürdigerweise amtlich konstatiert worden ist. Er führte in einer Ansprache zu Werbe, die er auf dem Truppenübungsplatz Weissenburg bei Posen hielt, den folgenden Satz aus:

„Angesichts der Versuche, Zwietracht zwischen den Bürgern deutscher und polnischer Nationalität zu säen, sei es sein ernster und unerschütterlicher Wille, fest an der Ostmarkenpolitik festzuhalten.“

„Hiet „Wolfs Bureau“, „Reichsanzeiger“ und „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ etwa diesen Satz für einen Widerspruch gegenüber der Begriffsbestimmung des Deutschtums als des Fortes der Freiheit? Und hat es deshalb die Ansprache als „unecht“ unterdrückt?

Von der Amtsmüdigkeit des Eisenbahnministers v. Bubde infolge des Spremberger Unglücks wird in einem Berliner Montagblatt gesprochen. Man glaubt nicht an den Rücktritt Bubdes. Er ist bei den Agrariern wegen der hohen Ueberhörschüsse, die er aus dem Eisenbahnverkehr herauswirtschaftet, sehr beliebt, zumal er das alles mit sehr niedrigen Beamtergehältern besorgt. Außerdem ist Herr v. Bubde in der Achtung der Agrarier noch mehr gestiegen, jeidtem sein unter dem stolzen Namen „Taxiforsm“ (September Reiseversteuerungsplan) bekannt geworden ist. Sie erblicken in ihm eine Art Bobbelski. Einen solchen Mann läßt die „Reine, aber mächtige Partei“ in Preußen nicht um eines Eisenbahnungsglücks willen in der Verwaltung verschwinden. So sentimental ist die jankerliche Reaktion in Preußen nie gewesen.

Konflikte mit der Sozialdemokratie. Der alte Döbbering-Strom ist wieder am Schmelzen. In einer Versammlung der Konservativen des Landtagswahlkreises Breslau-Neumarkt hielt er eine Abschiedsrede, in der er nach Angabe der „Deutschen Tageszeitung“ über die Aufgaben der konservativen Partei u. a. folgendes ausführte:

„Die konservative Partei sei eine konstante, die wohl wisse, welchen Wert eine starke Krone mit eigener Ministerwahl für die Regierung eines Landes habe, um nicht ehgehege Politiker zur Macht im Staatsleben gelangen zu lassen. Wichtig sei aber eine starke konservative Partei, die sich innerhalb ihrer Befugnisse ihre Selbstständigkeit bewahre. In unserer Zeit der Parlamente sei ein offenes Wort, auch der Regierung gegenüber, das sachlich und unabhängig die einzelnen Fragen beurteile, wohl angebracht. Wir gehen schweren Zeiten entgegen, Konflikte mit der Sozialdemokratie, die von zielbewusster Energie geleitet werde. Hoffentlich bewähre sich die konservative Partei als eine solche, die der Regierung, wenn sie einst den Kampf mit der Sozialdemokratie aufnehmen wird, ihre Stärke zur Verfügung stellt.“

Die Konservativen empfehlen sich als Bluthunde der Reaktion!

Polnischer „Hochverrat“. Einer gruseltigen Verschwörung ist man in Oberschlesien wieder mal auf die Spur gekommen. Am Freitag wurde in Zabrze auf Grund eines von der Staatsanwaltschaft zu Gleiwitz erlassenen Haftbefehls der großpolnische Agitator Schumacher Johann Wyciel verhaftet und in das Gleiwitzer Landesgerichtsgefängnis abgeführt. Wyciel soll mit dem Auslande großpolnische Verbindungen unterhalten haben. Bis jetzt sind in dieser Angelegenheit über Hundert Zeugen vernommen worden. Ein umfangreicher polnischer Hochverrats- und Geheimbündeleitungsprozess steht demnach bevor. — Bei diesen Prozessen ist bisher nie etwas anderes herausgekommen als eine riesengroße preussische Blamage.

Bülrow ist sich selber nicht klar. Die „Frankf. Ztg.“ als Verteidigerin Bülrows erinnert an den Varen, der seinem Herrn den Schädel einschlug, um ihm eine Fliege von der Stirn zu jagen. Das Blatt läßt sich von seinem berüchtigten Berliner Mitarbeiter schreiben, man wisse offenbar innerhalb der Reichsregierung, deren einzelne Mitglieder gegenwärtig weit zerstreut in Bädern weilen, selbst nicht sicher, ob die letzte südwestafrikanische Truppenabteilung von 300 Mann noch im Rahmen der erfolgten Bewilligungen mit einigen Verschiebungen sich rechtfertigen läßt. Das Ausbleiben einer amtlichen Erklärung sei darauf zurückzuführen, daß inzwischen eine Klarstellung der staatsrechtlichen vielleicht nicht ganz einfachen Angelegenheit stattfindet. Nach früheren Äußerungen des Reichskanzlers sei anzunehmen, daß, wenn die letzte Truppenabteilung ohne die etatmäßige Bewilligung erfolgte, er den Reichstag noch vor der ordentlichen Tagung einberufen werde. Die „Frankf. Ztg.“ stellt also Herrn v. Bülrow so hin, als wisse er noch nicht, ob er die Verfassung gedrohen habe oder nicht. Gott bewahre mich vor meinen Freunden! kann Fürst Bülrow rufen. Im übrigen wird man gut tun, gegenüber der Schlusswendung von der außerordentlichen Tagung des Reichstags sich so lange skeptisch zu verhalten, bis man genauere Angaben hat. Sa der vorliegenden Form ist sie nur ein Bülrowscher Verhöhnungsabsonder. Der „Tägl. Rundschau“ zufolge wird übrigens die Entsendung eines Detachements Seefoldaten nach dem Aufstandsgebiet in Ostafrika in Marinekreise be-

prochen. Auch sollen mit dem nächsten Dampfer der D. afrikantische größere Mengen Munition als gewöhnlich zur Beschießung nach Dar-es-Salaam gelangen.

Der Fall Edenweber. In der Schlichtung des Farmers Edenwebers auf Samoa durch den Gouverneur soll schreibt die „Nordd. Allgem. Ztg.“: Dem Gouverneur von Samoa, So f. wurde in der Passie eine ungerichte und harte Behandlung des früheren Gouvernementsbeamten Edenweber und seiner Familie vorgeworfen. Auf die erhobenen Beschuldigungen kam im einzelnen erst Klaukunst erst zu werden, wenn der eingeforderte Bericht des Gouverneurs von Samoa eingegangen ist. Auf Grund des Materials, das an amtlicher Stelle hier vorliegt, ist inoffiziell schon jetzt festzustellen, daß Edenweber wegen verschiedener schwerer Vergehen gegen die Disziplin vom Gouverneur entlassen worden ist, sowie daß der Gouverneur bereits Anfang April Edenweber schriftlich angeboten hat, dessen Frau im Regierungshospital kostenlos ärztlich behandeln und verpflegen zu lassen, daß dies Angebot jedoch von Edenweber wiederholt abgelehnt wurde. Hiervon ist wohl zurückzuführen, daß seine Frau erst drei Tage vor ihrem am 1. Juni erfolgten Tode im Hospital aufgenommen wurde! Abwarten.

Der Konsum von Zucker in Deutschland hat infolge der Steuerermäßigung einen ganz beträchtlichen Aufschwung genommen. Vom Jahre 1902/03 auf 1903/04 ist der Zuckerverbrauch pro Kopf der Bevölkerung berechnet, um nicht weniger als 40 Proz. gestiegen. Diese Steigerung wurde freilich durch die in der zweiten Hälfte des Jahres 1904 erfolgte Preissteigerung wieder unterbrochen, so daß das Jahr 1904/05 für das die Verbrauchsberechnung noch nicht möglich ist, kaum eine weitere Zunahme des Zuckerkonsums bringen dürfte. Seit 1894 bewegte sich der Verbrauch von Zucker im Deutschen Reich:

Betriebsjahr von	Verbrauch v. Zucker	Bevölkerung	Prozent
1. Aug. bis 31. Juli	in Tonnen	in Millionen	
1894/95	552 695	10 7	
1899/1900	764 045	13 7	
1901/02	669 261	11 6	
1902/03	728 610	12 45	
1903/04	1 020 620	17 17	

Der stetigen, aber nicht allzu erheblichen Steigerung des Konsums in der Aufschwungsperiode 1895 bis 1900 folgte während der gewöhnlichen Jahre ein erheblicher Rückgang, der 1902/03 noch nicht ausgleichend war. Erst das Jahr 1903/04 brachte aus den erwähnten Gründen und auch infolge der Verringerung der wirtschaftlichen Lage die außer gewöhnliche Zunahme.

Vom Aufstand in Deutsch-Südwestafrika. Nachrichten aus dem Norden des Schutzgebiets zufolge soll Samuel Maharero, der Oberhäuptling der Herero, jetzt nordöstlich von Namibia im Ovamboland, sich in der Nähe der portugiesischen Seite, sitzen. Es heißt, daß er ursprünglich im Westafrikanaland habe bleiben wollen. Als er aber dort seine Gewehre habe abgeben sollen sei er wieder weggezogen. Es wird vermutet, daß er bei dem Truppengange sei, dem es seinerzeit gelang, bei Swakopmund vorüberzukommen. — Die Kapitäne Lazarus Swart, von Franzfontein, Jan Uichama und der Polizist Gellib aus Franzfontein, gegen welche ein gerichtliches Verfahren wegen Hoch- und Landesverrats, Mordes und Anklage zum Mord schwerte, sind, wie Generalleutnant v. Trotha mittels, vor Abschluß der Untersuchung „auf natürlichem Wege“ gestorben.

Neue politische Nachrichten. Bei der Landtagswahl für den 6. Wahlbezirk Liegnitz-Jauer-Belkenhain-Landschut wurde der Landesälteste Behern-Hohenfriedberg (kons.) mit 238 Stimmen für den Freiherrn v. Nichte-Hofen-Mertshaus, der sein Mandat niederlegte, gewählt. — Bei der Wahl zur französischen Deputiertenkammer in Luxemburg wurde Willaury (Sozialist) gewählt. — Präsident Roosevelt gab den Auftrag, die Verhandlungen über einen Gegenständigkeitsvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten, die seit einiger Zeit geführt werden, zum Abschluß zu bringen. Er beabsichtigt, dem Kongress die Ratifizierung dieses Vertrages dringend zu empfehlen.

Norwegen. Das Volk hat gesprochen! Nach der letzten amtlichen Zählung ergaben sich bei der Volksabstimmung über die Lösung von Schweden 362 980 Stimmen mit Ja und 183 mit Nein. Die Abstimmung aus 19 Wahlkreisen ist noch nicht bekannt. — Somit hat sich das ganze norwegische Volk mit an einstimmiger Grenzender Einmütigkeit gegen die Union mit Schweden und damit zugleich gegen das bisherige Gottesgnadentum erklärt. Es ist dringend wünschenswert, daß das norwegische Volk auch durch Abstimmung kund gibt, ob es in Zukunft monarchisch oder republikanisch regiert sein will. Das ist schließlich auch die Konsequenz der Unionauflösung.

Wie der „Frankf. Ztg.“ aus Christiania telegraphiert wird, längeren einflussreiche Politiker die Idee, auf die schwebenden Bedingungen entgegenkommend zu antworten und die Hauptpunkte prinzipiell anzunehmen, die Details aber Schiedsgerichten zu überlassen. Insbesondere soll die Frage wegen der Schließung der Grenzfestungen dem Votum auswärtiger Generale unterworfen werden, die feststellen müßten, welche Werte als offen zu anzusehen seien. Auf diese Weise hofft man alle Detailfragen auf Nebengeleise zu schieben und das Hauptgeleit für eine rasche Erledigung der Unionlösung und der Thronfrage freimachen zu können. Im Schortling ist eine starke Partei für eine energischere Tonart, doch hoffen die Versöhnlichen obzusiegen.

Rußland. Die Genkerarbeit in Nishni-Nowgorod. Ueber die Unruhen, die sich am 22. Juli, dem halbjährigen Gedentag des blutigen Sonntags in Nishni-Nowgorod, abspielten haben, sind vollkommen entstellte Berichte von den russischen Behörden an die Öffentlichkeit gebracht worden. Von wohl informierter Seite geht der „Volkstg.“ jetzt die folgende Darstellung zu, die als authentisch angesehen werden kann: Am 22. Juli stellten zu Nishni-Nowgorod die großen Fabriken die Arbeit ein, ebenso schlossen viele kleinere Geschäfte und Wuden. Außerhalb der Stadt, beim „Volkshaus“, fanden drei kleinere Meetings statt, auf denen Reden, die das Gedächtnis der Januarpfester feierten, gehalten wurden. Die ersten beiden Meetings nahmen einen verhältnismäßig ruhigen Verlauf. Während des dritten, dem über-

1000 Menschen sich versammelt hatten, erschien die Polizei mit Köstern, aber auch hier schloß die Versammlung ziemlich ruhig, obwohl mehrere Arbeiter von den Fenstern der Köstern mit Handelt wurden. Mittags vorher um 22 Uhr waren von der Polizei und dem „Schwarzen Hundert“ alberne Gerüchte verbreitet worden, nach denen die Sozialisten Gewalttaten und Plünderungen beabsichtigten. Einige Familien haben die Stadt verlassen. Das „Schwarze Hundert“ hatte sich gleichmäßig organisiert, „Waffeln“, Fublaeche und G-Hobel waren in den Plan eingeweiht worden und erhielten, nach schriftlichen Angaben von Augenzeugen, von der Polizei Geld, auch wurden sie in bestimmten Straßen von den Schaulustigen unentgeltlich mit Schnaps bewirtet. So kam die Hitze gegen die Arbeiter und die Intelligenz am 23 und 24 Juli zu Stande. Gegen 5 Uhr am nachmittag des 23. Juli versammelten sich im „Volks-Haus“ nicht sehr zahlreiche Leute zu einem Meeting. Bald darauf erschienen Fabrikanten vom „Schwarzen Hundert“, Köstern und Polizei. Während die Polizei und die Köstern die Arbeiter aneinanderzureiben begannen, stürzten sich die Sozialisten mit Knütteln auf die mehrlosen Arbeiter, und es begann eine blutige Schlagererei. Die Polizei selbst hezelnete die Leute, die geschlagen werden sollten, die Köstern warfen die Plündernden zu Boden, worauf die Sozialisten über sie herfielen und sie misshandelten. Die Sozialisten stürzten sich auf jeden, der einen Hut, eine Brille trug oder mit einer Arbeiterbluse bekleidet war. Die Opfer wurden untersucht, und wobei dem, bei dem Wapere oder gar Proklamationen gefunden wurden, sein Schicksal war besiegelt. Die halbtot Geschlagenen blieben auf der Straße liegen, hernach wurden sie in die Volkskassen und Gefängnisse geschleppt. Der auf dem Schauplatz eingetroffene Gouverneur, General Unterherge wurde von der Menge mit Hurrarufen begrüßt und auf den Händen getragen. Niemand von den Wessischen wurde verhaftet. Hierauf wurde sich das „Schwarze Hundert“ anderen Straßen zu, ist die Haus-türen auf und schrie: „Haut die Juden!“ Vor dem Polizeigebäude rief die Menge „Hurra“, und hier, vor den Augen der Polizei, wurden zufällig vorübergehende Arbeiter und Intelligenz von ihr überfallen und misshandelt. Am Tage darauf wurde die Hitze fortgesetzt. Der Gouverneur entschuldigt seine Haltung damit, daß er nicht über genügend Militär verfügt habe. Das ist aber nicht wahr. Die Zahl der Toten beläuft sich auf etwa 10, schwerverwundet wurden 18 Mann, die dem Tode nahe im Gouvernementslazarett liegen, Leichtverwundete gab es eine sehr große Zahl. Am 28. Juli fand die Beerdigung 2 weier Getöteter statt. Eine über 10000 Köpfe zählende Menge gab den Unglücklichen das letzte Geleit. Sie war weder Polizei noch Militär zu sehen, auch das „Schwarze Hundert“ wagte angesichts einer solchen Menge keinen Angriff. Die Beisung war sehr feierlich. An den Gräbern wurden einen halben Tag lang Reden gehalten, die viele zu Tränen rührten. Die Blätter bringen folgenden offenen Brief: „In den Zeitungen wird vom Departement der Polizei bekannt gegeben, daß Alexander Karlowitsch Heintze während der Unruhen in Nikolai Nowgorod „als Leiter der Demonstrationen“ gefolgt wurde, und daß er „innerhalb der Menge geschossen“ habe. Wir haben dem Herrn Minister des Inneren eine Berichtigung dieser Mitteilung zugehen lassen. Der Verstorbene A. K. Heintze war bei der Demonstration gar nicht zugegen und hat sich überhaupt niemals an Demonstrationen beteiligt. Die Demonstration fand gegen 5 Uhr statt, Alexander Karlowitsch verließ das Haus erst 20 Minuten vor 7 Uhr. Wie erzählt wird, hat er sich eines der Misshandelten angenommen und wurde selbst von der Menge totgeschlagen. Die Lokalbehörden (der Gouverneur und der Polizeichef) behaupten, daß sie die Mitteilung, A. K. Heintze hätte die Demonstration geleitet, nicht gemacht haben. Die Verwandten des Verstorbenen: Marie Heintze, Lydia Heintze, Nikolaus Heintze.“ Die Sozialisten hielten den deutschen Apotheker Heintze, der seiner Wohltätigkeit und Regsamkeit im kommunalen Leben wegen in der Stadt bekannt und beliebt war, für einen Juden. Als einer aus der Menge rief: „Er ist ein Jude, er ist ein Deutscher!“ antwortete ihm der Haufe: „Dann schlägt die Deutschen!“ Der von den Verwandten Heintzes richtig gestellte Fehler des „Regierungsanzeigers“, der bekanntlich sich zur Pflicht gemacht zu haben scheint, nur falsche Nachrichten zu verbreiten, erinnert lebhaft an ähnliche Berichte aus Sibirien und Tiflis und rückt das offizielle Organ der russischen Regierung in ein sonderbares Licht. General Unterherger ist für die Dauer der Nikolai-Nowgoroder Mission mit den vollen Machtbefugnissen eines Generalgouverneurs betraut worden.

Eine militärische Bestie. Oberst Avenarius, der Kommandeur des Gardelinfanterie-Regiments, dessen Chef die Kaiserin-Mutter ist, tötete in trunkenem Zustand einen Soldaten des Regiments durch einen Schlag gegen die Schläfe und einen Stich zwischen die Rippen. Die Sache sollte erst untersucht werden, wurde aber zu sehr bekannt, so daß eine Untersuchung unvermeidlich ist. Infolge dieses Vorfalls machten sich im Lager von Krassnojelo Anzeichen von Gärungen bei einzelnen Truppenteilen bemerkbar.

Die Volksbewegung. Die Polizei entdeckte in einem Gasthose in Tiflis ein Verschwörungsquartier und verhaftete die Anwesenden. Bei den Verhafteten wurde ein Gruppenbild der Mitglieder der Konferenz über die Einführung der Semstwo im Kaukasus und Porträts des Statthalters und Polizeichefs Schirinkin, sowie ein von der Kampforganisation der Partei der Sozialrevolutionäre unterzeichnetes Todesurteil Schirinkins gefunden. In diesen lagen sieben große und mittlere Bomben des sogenannten mazedonischen Typus, von denen zwei geladen waren, ferner Dynamit usw. (?)

In dem Prozesse gegen 43 Matrosen des Lehrschißes Pruth wurden 15 Angeklagte freigesprochen, 4 zum Tode durch Erschießen, 3 zu kräftiger Zwangsarbeit und die übrigen zu leichteren Strafen verurteilt. Das Kriegs-marinegericht beschloß, für Sprache einzulegen, daß die Todesstrafe durch kräftige Zwangsarbeit und letztere für 2 Angeklagte durch 10jährige Zwangsarbeit ersetzt werde.

Oesterreich-Ungarn.
Für das allgemeine Wahlrecht. Die Budapest Sozialdemokraten veranstalteten am Sonntag nachmittag einen Demonstrationsumzug und eine große

Volksversammlung zu Gunsten des allgemeinen geheimen Wahlrechts. Der Genosse Wolanzt wendete sich gegen die Position und wies darauf hin, daß diese ihren bisher gefassten Beschluß abzugeben und teils in Form und teils in der Sache nicht einverstanden sei. Die Resolutionen, sondern eine ankündigende ungarische Politik und in erster Reihe das allgemeine geheime Wahlrecht. Sollte die Resolution eher die gewöhnliche Dienstzeit und die Form der Militärgerichtsbarkeit angeht, so hätte das Parlament schon lange abgeben können. Es scheint aber, daß die Sozialisten nicht ernst arbeiten will. Mit dem ungarischen Sozialismus kann man das Verhalten nicht gleich machen. Die Verhandlung nahm hierauf eine scharfe Resolution für das allgemeine geheime Wahlrecht an, in der es heißt, daß jede Regierung, die ohne das allgemeine geheime Wahlrecht regieren will, darauf gesetzt sein muß, nur mit aufgebüßtem Wagnis und ausgerüstetem Militär regieren zu können gegenüber dem Volke des Landes, das angesichts dieser Schreckensherrschafft mit entzündeter Faust in seine Rechte kämpfen wolle, bis das allgemeine geheime Wahlrecht eingeführt werde. — Auch in zahlreichen anderen Orten des Landes fanden sozialdemokratische Versammlungen zu gleichem Zweck statt.

Holland.
Das neue Kabinett ist wie folgt gebildet: Außeres: Dr. van Tets van Gouven, bisher Gesandter in Berlin; Justiz: Deputierter van Maatje; Inneres: Deputierter Rink; Marine: Kapitanleutnant Cohn Stuaer; Finanzen: Dr. Meijer, bisheriger Vizepräsident des Rates von Niederländisch-Indien; Krieg: General Staal, bisher Abteilungschef im Generalstab; Öffentliche Arbeiten, Industrie und Handel: Krent, Direktor der Technischen Hochschule; Kolonien: Dr. van der Meer, bisheriger Deputierter des Reichstages; Präsidentschaft des Ministers ist bis auf weiteres Generalmajor van der Meer.

Moskau und Japan.
Die Russen schienen angesichts der Friedensverhandlungen das Ziel dieses zu empfinden, ihre Bereitschaft zur weiteren Fortsetzung des Krieges besonders stark zu betonen. Ueber Paris wird aus Petersburg folgende Mitteilung verbreitet: Aus dem Hauptquartier in dem Generalstab die Meldung angefangen, daß General Genewitsch entschlossen sei, in den nächsten Tagen zum Angriff überzugehen und den Japanern eine große Schlacht zu liefern. Alle Dispositionen sind bereits getroffen. Die russische Armee ist in der glänzendsten Verfassung. Der Kriegsrat hat einstimmig die Vorschläge des Generalstabs gebilligt. Die Hospitaler von Chabin, Michail Kusnez, Tschita, Krasnojarsk und Selskut haben den Befehl erhalten, sich für die nächsten Tage schon zur Aufnahme von 50000 Verwundeten bereitzustellen. Die Truppen begrüßen die bevorstehende Schlacht mit Jubel. Man erwartet, daß der Befehl zur allgemeinen Offensive morgen, spätestens übermorgen erfolgen werde. — Der Krieg ist für die Russen sehr deutlich an der Stirn geschrieben.

Was Tokio meldet Russ Bureau: Es wird gemeldet, daß sich die Russen über den Zusammenstoß zurückziehen und eine Schlacht in Nordchina vermeiden werden. Eine Wertschätzung dieser Meldung liegt nicht vor. — General Genewitsch telegraphierte unterm 11. August: Die Japaner, die am 11. August die Offensiv gegen das Defilee Jaaly in aufnahmen, wurden abends zurückgeworfen, ohne daß sie das Defilee erreicht hatten. Gestern früh bemerkten wir ein erneutes Vorgehen von Japanern längs der Mandarinenstraße, westlich derselben und auch westlich der Eisenbahn. Die Japaner, welche in den beiden ersten Richtungen vorgingen, erreichten das Defilee am südlichen Ende des Tales von Schichooza, wurden aber um 11 Uhr vormittags zurückgeschlagen. Diejenigen, die westlich der Bahn vordrangen, wurden schon gegen 10 Uhr vormittags zurückgeschlagen. Sie zogen sich, von den Russen verfolgt, auf ihre Stellungen zurück.

Lübeck und Nachbargebiete.
Dienstag, den 15. August 1906.
Achtung Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter! Der Zuzug von Bauarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten!
Steine aus dem Glashaus. Das Amtsblatt schreibt: Verleumdung und Sozialdemokratie. Ein demokratisches Frankfurter Blatt macht darauf aufmerksam, daß sozialdemokratische Mediatoren Verleumdungen politischer Gegner mit Behauern zurücknehmen, sobald wegen des Schlußes der Reichstagskession die Immunität der durch ein Reichstagsmandat geschützten Mediatoren aufhört. Dieses Verhalten wird ein bescheidenes Licht auf den Mut der beteiligten „Genossen“; die prinzipielle sozialdemokratische Auffassung der Verleumdung politischer Gegner aber geht aus dem „Vorwärts“ hervor, der am 11. d. schrieb: Verleumdungen, leichtfertige Behauptungen unwahrer Tatsachen, um Gegner herabzusetzen, sind, wenn nicht sichtlich verwerflich, doch taktisch ungeschickt, daß kein vernünftiger Sozialdemokrat sie gebrauchen wird. Die „Genossen“ sollen also die Verleumdungen politischer Gegner nicht deshalb vermeiden, weil sie sichtlich verwerflich sind, sondern aus taktischen Gründen, weil sie ungeschickt seien. Das ist die Ehre des Zukunftstaates. Die Ehre des Zukunftstaates wird für nationalliberale Intelligenz stets ein Buch mit sieben Siegeln sein. Im Gegenwartsstaat allerdings richten sich jene Leute nach dem Satz: Verleumdung läßt sich nicht durch etwas hängen! Wie häufig sind dem Amtsblatt von unserer Seite schon Verleumdungen und Unwahrheiten nachgewiesen worden, ohne daß man nachher „jenseits“ sozialer Anstandsgesetze besah, der Wahrheit nachträglich die Ehre zu geben. Wenn wir dann die betr. Leute beim richtigen Namen nannten, so liefen sie zum Teufel. Der Schmutz, der jetzt gegen unsere Genossen geschleudert wird, verfehlt natürlich sein Ziel; den Mut der Ueberzeugungstreuen hatten bisher fast nur Sozialdemokraten!

Ueberblick der Eheschließungen, Geburten und Sterbefälle in der Stadt Lübeck im Monat Juli 1906. Eheschließungen fanden statt 88. Geboren sind 232 Kinder, davon 116 männlichen, 116 weiblichen Geschlechts, totgeboren 2 Knaben, 3 Mädchen. Gestorben sind 57 Personen männlichen, 56 weiblichen Geschlechts, in Summe

113. Demnach Ueberschuß an Geburten 59 resp. 60, insgesamt 119. Auf 1000 Einwohner waren 20,19 Geburten, 15,03 Sterbefälle zu verzeichnen. Von den Verstorbenen waren alt bis zu 1 Jahr 36, von 1 bis zu 5: 6, von 5 bis zu 15: 5, von 15 bis zu 30: 19, von 30 bis zu 60: 20, von 60 bis zu 70: 20, von 70 bis zu 80: 13, 80 Jahre und darüber 3. Die Todesursache war angeborene Lebensschwäche und Bildungsfehler (im ersten Lebensmonat) in 5, Altersschwäche (über 60 Jahre) in 3, Kinderbettfieber in 0, andere Folgen der Geburt (Nehlaber) oder des Kindbetts in 1, Scharlach in 0, Masern und Miliari in 0, Diphtherie und Krupp in 0, Keuchhusten in 3, Typhus in 0, übertragbare Triebkrankheiten in 0, Mose (Grypsel) in 0, andere Wundinfektionskrankheiten in 1, Tuberkulose: der Lungen (Lungenentzündung) in 11, anderer Organe in 5, acute allgemeine Miliariinfektion in 0, Lungenentzündung (Pneumonie) in 3, Influenza in 0, andere übertragbare Krankheiten in 0, Krankheiten der Atmungsorgane in 3, Krankheiten der Kreislauforgane in 6, Gehirnschlag in 6, andere Krankheiten des Nervensystems in 7, Magen- und Darm-tarck, Durchbruchfall in 22, andere Krankheiten der Verdauungsorgane in 8, Krankheiten der Harn- und Geschlechtsorgane in 2, Krebs in 3, andere Neubildungen in 2, Gewaltsamer Tod: Selbstmord in 2, Mord und Totschlag, sowie Hinrichtung 0, Verunglückung oder andere gewaltsame Einwirkung in 7, andere benannte Todesursachen in 2. Todesursache nicht angegeben in 6 Fällen. Von den Verstorbenen entfielen auf die Stadt 44, Vorstadt St. Jürgen 11, St. Lorenz 29, St. Gertrud 6, in Krankenhäusern und Heilanstalten 21.

Mann über Bord! Der am Donnerstag mit einer Dreierladung von Stönitz hier eingetretene schwedische Dreimastschoner „Getindal“ aus Skövde verlor auf der Reise einen Mann über Bord. Das Schiff befand sich auf der Höhe von Wlad, als der beim Zeltmachen des Kaffeetopps begünstigte Leichtmatrose L. Wettersson vom Mast auf die Reeling stürzte und dann über Bord fiel. Der Verunglückte soll schon beim Sturz auf die Reeling seinen Tod gefunden haben, sobald mehrere über Bord geworfene Taue nicht mehr von ihm erfaßt werden konnten. Der Körper sank sogleich in die Tiefe des Meeres.

Beim Westgehen eines Straßenbahnwagens kam am Sonntag bei der Endstation der Straßenbahn in Israelsdorf der Sohn des Bonbonfabrikanten Vorhor so unglücklich zu Fall, daß er sich einen Schlüsselbeinbruch und eine Quetschung der Hüfte zuzog.

Handelregister. Am 14. August 1906 ist bei der Firma S. F. Goldt in Lübeck eingetragen: Die Procura des Paul Carl Eduard Bormann ist erloschen. Dem Paul Julius Franz Kaiser und dem Eduard Johann Ludwig Heinrich Christian Böhl, beide in Lübeck, ist Einzelprocura, und dem Julius Emil Reibe und dem Johann Adolf Friedrich Wriedt, beide in Lübeck, Gesamtprocura erteilt worden.

Zahl Schulgeld! Das für Schüler der Städtischen Schulen für das 2. Vierteljahr 1905/06 — Johannis bis Michaelis — fällig gewesene und bisher unberichtigt gebliebene Schulgeld ist vom Montag, den 14. bis zum Mittwoch, den 16. ds., von 9 bis 1 und 3 bis 5 Uhr bei der Kasse der Oberschulbehörde, Glockengießerstraße Nr. 4, zu entrichten.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Dummerstorf ist an Stelle des aus dem Gemeindevorstande ausgeschiedenen Hufners J. S. Ehlers der Hufner A. S. Bent zum Vorsitzenden des Gemeindevorstandes auf die gesetzliche Amtsdauer von 6 Jahren erwählt worden. Der Erwählte ist in genannter Eigenschaft bestattet und auf gewissenhafte Amtsführung eidlich verpflichtet.

In der Stadthalle gelangt morgen bei halber Preisen in vorzüglicher Besetzung die Operette „Die Geisha“ zur Aufführung. Der Besuch dieser Vorstellung ist nur zu empfehlen.

Schiffsverkehr. Im Juli kamen seewärts 189 Dampfer und 80 Segler, zusammen 269 Seeschiffe mit 177651 Kubikmeter netto, an, während 195 Dampfer und 106 Segler, zusammen 301 Seeschiffe mit 203096 Kubikmeter netto, den Hafen verließen.

Die Wassermenge des Krähenteichs betrug gestern nachmittags 19 Grad.

pb. Fahrraddiebstahl. Am 14. d. M., nachmittags gegen 6 1/2 Uhr, wurde an der Badeanstalt im Krähenteich ein Fahrrad, Marke „Deutschland“, mit der Erkennungsnummer 6812, schwarzem Rahmen, ebensolchen Felgen und nach unten gebogener Lenkstange gestohlen. Unter dem Sattel steht mit Tinte der Name „H. Biermann“ geschrieben. Der Mantel des Vorderades ist defekt.

pb. Diebische Ester. In einem hiesigen Warenhause wurde gestern nachmittags eine Badenbebin in der Person einer in der Engelsgrube wohnhaften Arbeiter-Gesellschaft auf frischer Tat ertappt. Die Diebin hatte bereits 1 Stück Leinwand, 1 Stück Rosa Kattun und 5 bestickte Tüllbecken in ihrer Markttasche untergebracht. Bei einer Durchsuchung ihrer Wohnung wurden noch 1 Deckchen, 1 roter Schlips und 1 feidenes Tuch vorgefunden. Diese Sachen stammen aus demselben Geschäft.

e. Stodsdorf. Der Sozialdemokratische Verein für Stodsdorf und Umgebung hielt Sonntag seine Monatsversammlung ab. Diefelbe war nur schwach besucht; jedenfalls hatte hieran die nachmittags stattgefundene Generalversammlung des Stodsdorfer Konsumvereins und auch der Umstand, daß viele Mitglieder des Vereines werbes außerhalb arbeiten, die Schuld. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Joh. Stellung-Lübeck für den 1. Oldenburger Wahlkreis vorgeschlagen. Gleichfalls haben auch die anderen organisierten Orte des Fürstentums denselben in Vorschlag gebracht; hoffentlich wird dies von Oldenburg und Birkenfeld auch angenommen. Wegen der bevorstehenden Landtagswahl soll eine öffentliche Parteiversammlung am 22. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Baetau stattfinden, wofür Genosse Joh. Stellung wahrscheinlich das Referat übernehmen wird. Die Genossen werden auf diese Versammlung ganz besonders aufmerksam gemacht.

e. Stodsdorf. Die Generalversammlung des Konsumvereins war von etwa 40 Genossen besucht. Beschlossen wurde, 3 Prozent Dividende zu zahlen. Der Aufsichtsrat, der bisher aus 12 Genossen bestand, soll in Zukunft aus 9 bestehen. An Stelle der 4 ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieder wurde deshalb nur eines, Genosse Martens, gewählt. Es wurde beschlossen, daß in Zukunft mindestens für 150 Mk. Waren jährlich von jedem Genossen dem Verein entnommen werden müssen.

Enten. Ein schwarzer Entenflug trug sich Sonntag nachmittags in der Nähe des Süßler Baumes zu. Dort passierte die Lübecker Chauffee ein Fuhrwerk, als ein Automobil daherraste. Das Pferd scheute, sprang zur Seite und der Wagen stürzte infolge dessen um. Der Insasse, ein Hamburger Straßenbahnkontrollleur, kam dadurch zu Fall und zwar so unglücklich, daß im beide Beine gebrochen wurden.

Männ. Ein einziger Blisstrahl richtete hier Freitag auf 3 Stellen, die sich auf einer Strecke von etwa

einem Kilometer verteilen, Schaben an; bei der „Waldbucht“ traf er einen Mann, der unter einer Eiche Schutz gesucht hatte, und verlegte ihn an der Brust und am rechten Bein; in der Nähe des Hegefelds fuhr ein anderer Teil desselben Blitstrahls in einen Baum, und an der Sterbender Chauffeur schlug ein dritter einem dort beschäftigten Steinbauer einen Hammer aus der Hand; der Mann kam mit dem Schreck davon.

Kleine Chronik der Nachbargebiete. Ein starkes Gewitter, wie es seit langen Jahren nicht bemerkt wurde, kam am Freitag im südlichen Teil der Gegend Dithmarschen zum Ausbruch. In Flammen aufgegangen sind das Gewese des Mühlenbesizers Bielenberg in St. Michaelisdonn, der Jenseiche Hof in Sochdonn; hier verbrannten auch reichlich 100 Fuder Getreide, eine Scheune des Landmannes Sadenfeldt in Dückerswisch. In Burg schlug der Blitz in das Haus der Witwe Jessen, die Frau wurde getroffen und schwer verletzt. In Klein-Vollstedt ist bei dem Gewitter das Gewese des Hufenpächters Ehlers eingestürzt worden. Die Frau und ein Dienstmädchen wurden vom Blitz getroffen; man hofft, sie am Leben zu erhalten. In Langwedel ist durch einen Blitzschlag das Gewese des Landmanns Staack mit allen Erntevorräten eingestürzt worden. — Im Nibelmoor bei Flensburg feuerte bei einer Luftfahrt ein Segelboot. Beide Insassen, der Biegeleibhaber Clausen Tornschau und ein verheirateter Geizer, erkrankten. — Auf dem Gute Fahrenhaupt bei Sälge erkrankte beim Baden ein 7jähriger Knabe. Die Leiche konnte geborgen werden.

Die Rostocker Hafenarbeiter befinden sich in einer Lohnbewegung; ein Beschluß der Hafenarbeiter besagt, falls die Verhandlungen bis Montagabend ein befriedigendes Resultat nicht ergeben, wird am Dienstag den 15. ds. Mts. morgens die Arbeit nicht wieder aufgenommen.

Duhnen. Ein entsetzliches Unglück, das den Tod zweier Menschen zur Folge hatte, passierte Sonnabend in den frühen Morgenstunden. Der hiesige Einwohner Arbeiter Aug. Schulz war mit seinem 11jährigen Sohne Karl beim Strabbenfischen auf „Steilwand“ beschäftigt. Plötzlich verlor der Knabe den Grund unter den Füßen und verwickelte sich in den Netzen. Der Vater, der seinem Sohn zur Hilfe eilen wollte, blieb ebenfalls mit den Füßen im Netz hängen. Da weitere Hilfe nicht in der Nähe war, so erkrankten Vater und Sohn. Die Leiche des Sohnes wurde bald darauf von Strabben-

fischern geborgen und ans Land gebracht, während die Leiche des Vaters erst in den späten Nachmittagsstunden aufgefunden wurde. Schulz hinterläßt eine Frau und vier unminnliche Kinder.

Oldenburg. Staatsbeamte und Konsumvereine. Der Jahresbericht der Handelskammer für das Großherzogtum Oldenburg teilt hierüber folgendes mit: Ein der Kammer zugegangenes Schreiben aus Braile, in dem darüber geklagt wird, daß dem dortigen unter sozialdemokratischer Leitung stehenden Konsumverein zahlreiche Voll-, Bahn- und Postbeamte beigetreten seien, ohne von ihren vorgesetzten Behörden daran gehindert zu werden, gab der Kammer Veranlassung, in ihrer Versammlung am 1. Dezember 1904 diese Angelegenheit zu erörtern. Der Vertreter der oldenburgischen Staatsregierung führte dabei aus, daß man bei Betrachtung dieses Gegenstandes folgende Gesichtspunkte beobachten müsse: Die Mitgliedschaft von Beamten in Vereinen sei eine Privatangelegenheit der Beamten, in die die Staatsregierung niemals eingreifen könne; Konsumvereine, auch wenn sie sozialdemokratisch geleitet würden, würden dadurch niemals politische Vereine, sondern blieben stets wirtschaftliche Vereine, und es würde unangehörig und unbillig sein, über die Zugehörigkeit zu diesen Vereinen Vorschriften zu erlassen; ein derartiges Verbot würde ganz eigenartige Konsequenzen auf anderen Gebieten haben. Es brauche nur, wenn der Vergleich auch nicht vollständig passe, eine Organisation des öffentlichen Rechts herausgegriffen zu werden, nämlich die Krankenkassen. Es sei bekannt, daß eine Reihe von Krankenkassen sozialdemokratisch geleitet würde. Die Beamten in den unteren Stellungen seien nun zum Teil verpflichtet, diesen Krankenkassen beizutreten, und es würde doch nicht möglich sein, sie von dieser Verpflichtung zu befreien. Aus Oldenburg kam auch einmal etwas Gutes kommen, wie man sieht. Der oldenburgische Vertreter beschämt seinen preussischen Kollegen v. Bude, der bekanntlich die „sozialdemokratischen“ Konsumvereine Staatsbeamtenverneinung macht, damit der preussische Staat nicht ins Bankrott gerate. Auch die „Mittelstandsblätter“ alten Stils mögen sich diese vernünftige Haltung der oldenburgischen Regierung zur Notiz nehmen. Daß man sich von Oldenburg her derart beschämen lassen muß, gibt der Sache noch einen besonderen Reiz.

Oldenburg. Fritz Kuhlstrat zurück? Wie dem „kleinen Journal“ von hier gemeldet wird, herrscht in Kreisen, die mit dem dortigen Hofe in Fühlung stehen, die Anschauung, daß trotz der spontanen Vertrauensstundgeb-

ung, die der Großherzog unmittelbar nach dem Prozeß dem Minister Kuhlstrat zugehen ließ, daß der Minister nächster Zeit voraussichtlich im September zurücktreten wird. — Nach allem Voraufgegangenem halten wir die Heir. Anschauung für recht schwach gegründet. Franz Kuhlstrat hat Sigisfeld; er wird den Ministerstuhl noch länger behalten.

Der Automobilverkehr.

Berlin. Automobilraerei. Sonntag abend fuhren ein Motorzweirad und ein Automobilzweirad mit Anhängewagen, in dem sich eine Dame befand, von Bernau nach Berlin in schärfster Eile. Dabei wurden sechs Personen überfahren und teilweise erheblich verletzt. Ohne sich um das angerichtete Unheil zu bekümmern, saulten die Automobilisten in unermindelter Schnelligkeit weiter. Die Nummern der Kraftwagen konnten nicht festgestellt werden.

Stralsund. Bilanzvergiftung. Nach einer Meldung der „Straß. Bzg.“ aus Franzburg sind 34 landwirtschaftliche Arbeiter nach dem Genuß von Bilzen lebensgefährlich erkrankt. Vier der Erkrankten sind bereits gestorben.

Altenburg. Vier Arbeiter verschüttet. Während eines heftigen Orkans stürzte der „Post. Bzg.“ zufolge in Schmolln der Schornstein der Schallerischen Pantoffelfabrik ein. Vier Arbeiter wurden verschüttet. Einer derselben ist tot, die übrigen sind zum Teil verletzt.

Negensburg. Bootsunglück. Bei einer Bootfahrt, die 6 Personen aus Negensburg unternahmen, kippte der „Donauzeitung“ zufolge zwischen Passau und Engelhartzell das Boot um. Vier der Insassen erkrankten in der hochgehenden Donau, der fünfte blieb bewußtlos im Krankehaus zu Engelhartzell. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht festgestellt.

Cleveland. Eisenbahnzusammenstoß. Sonntag stieß ein Passagierzug der Newyork Chicago und St. Louis-Eisenbahn zwischen Lorain und Vermillion mit einem Güterzug zusammen. 12 Personen wurden getötet, 25 verletzt.

Darstellung.

Für die russischen Freiheitskämpfer gingen bei uns ein:

Dreherei L. M. G.	28,90 Mk.
Dauschlosser, 2. Rate	1,50
Liedertafel der Maler	2,-
Expedition des „N.“	

Unserm Vater, dem Schuhmacher Westphaling in Fackenburg, zu seinem 70. Geburtstag

die herzlichste Gratulation!

für die bewiesene Teilnahme und reiche Unterstützung bei der Beerdigung unserer lieben

Anni

sagen ihren herzlichsten Dank

H. Stegmann und Frau.

Gefucht ein Schuhmachergeselle
Hünshausen 14.

Ein starker Aunderwagen
billig zu verkaufen
Fremdkamp 1a.

Für die vom Verband der Zimmerer (Zahlstelle Lübeck) erhaltene Unterstützung dankt herzlich
Johanna Strunk, geb. Priess.

Wohne jetzt Hausstraße Nr. 93
Frau Bahr, Hebamme.


Feuerversicherung
Bedingungen A. Besmann, Friedenstr. 47.

Ia. Essig
ff. Wein-Essig
billigst
W. Rahfoth
Untertrave 113.

Visit-Karten
auf ff. Elfenbeinkarton
per 100 Stück von 1 Mk. an.
Liefert prompt und sauber
Die Buchdruckerei des „Lübecker Volksb.“

**1 Waggon
Marschkäse
Vollfett Pfd. 40 Pfg.
II. Sorte Pfd. 20 Pfg.
Ed. Soeck, Fürstr. 80**

Ihren wertvollen
Gebrauchsmessern
1 Jahr Garantie.
Preis 1. Qual. 0,50
Ang. Hülner,
Schuhmacher,
Hörstraße 32.



ARGARINE
ohra
Butter

stets frisch
in Karton Pfund 75 Pfg.
empfiehlt bestens
Ludw. Hartwig.
Sie erhalten Lubeca-Marken

**Der
Neue Welt-Kalender
für 1906**

ist soeben in bekannter feiner Ausstattung erschienen und lassen wir das Inhaltsverzeichnis folgen:

Kalendarium. Postwesen. Beachtenswerte Adressen. Statistisches. Rückblick. Messen und Märkte. Im Kreislauf des Jahres. Villa Wanda, von Ernst Brezang (mit Illustrationen). Großstadt-Strahlend, Gedicht von Ludwig Lessen. Unsere Forderungen an die Schule, von Heinrich Schula. Vom gesunden und Kranken Magen, von Dr. N. Silberstein (mit Illustration). Sprüche. Der Friedensbote, ein Silvestermärchen von Clara Müller. Josef Scheu und die Arbeiter-Gesangsvereine, von H. W. (mit Porträt). Ein waltender Schuhmacher im 17. Jahrhundert, von Alwin Adé. Unsere Beerensträucher und ihre Kultur, von Curt Grottelwitz (mit Illustrationen). Märtyrer-Gesang, Gedicht von Robert Seidel. Sein Sieg, Erzählung von Wilhelm Holzamer (mit Illustrationen). Die erste Mission, von N. v. Elm. Südwestafrika, von N. Stedekum (mit Illustration). Abchied, Gedicht von Ernst Brezang. Die Anfänge der proletarischen Frauenbewegung in Deutschland, von Clara Zeitlin. Die Revolution in Rußland, von Wilhelm Blas (mit Illustrationen). Unsere Todten (mit Porträts). Fliegende Blätter. Der höhere Gesichtspunkt, von Wilh. Schröder. Für unsere Rätelföser. Trächtigkeit- und Brütelkalender. — Hierzu vier Bilder: Der Bauer, Sonntagstruhe, Reiche Beute, Am Ort der Tat. Ein Dreifarbendruck auf Kunstdruckpapier: Ein lustiges Lied. Ein Wandkalender.

Der „Neue Welt-Kalender“ ist zum Preise von 40 Pfg. zu beziehen durch unsere Buchhandlung sowie von unseren Kolporturen und Austrägern.

Friedr. Meyer & Co., Johannisstrasse 50.

Achtung Bauarbeiter!

Mitglieder = Versammlung
am Freitag den 18. August 1905
abends 8 1/2 Uhr
im „Vereinshaus“, Johannisstraße 50—52.

Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
In dieser Versammlung müssen die Mitglieder vollzählig erscheinen, namentlich diejenigen, welche in Arbeit stehen.
Außerdem sind die Mitglieder der Zahlstellen Fackenburg, Molsling und Herrsburg zu dieser Versammlung eingeladen.

Der Vorstand.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Wuhlf. 8.

Achtung Maurer!

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch den 16. August
abends 8 1/2 Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Bericht der Streikleitung.
2. Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung müssen alle Kollegen die am Orte anwesend sind, unbedingt erscheinen.
Die Streikleitung.

Arbeiter
kaufen ihre Möbelaussteuer jetzt
im Möbelhaus „Hansa“
Johannisstrasse 23.

1 Sofa, 4 Stühle, 1 Tisch,
1 Spiegel, 2 Bettstellen
mit Matratzen, 1 Kleider-
schrank, 1 Küchenschrank,
1 Küchentisch, alles zu nur
Nur gute Arbeit.
Diese billigen Preise gelten nur für Arbeiter.

Mk. 150.-

Stadt-Halle.

Mittwoch: Abonnem.-Vorstellung 81.
Operetten-Abend zu halben Preisen.
Die Geisha.
Eine japanische Teehausgeschichte.
Anfang 7 1/2 Uhr. Von 7 Uhr Konzert.
Soan 1 50 Mk., 1. Park. 1.— Mk., 2. Park. 50 Pf.

Wieder eingetroffen
sehr schöne Butter
à Pfund 1.20 Mk.
Fernspr. 473. **Th. Storm, Königstraße 98.**

An die Delegierten zum Parteitag!

Da der Zeitpunkt, an welchem der Parteitag eröffnet wird, immer näher rückt und bis jetzt verhältnismäßig wenig Delegierte sich gemeldet haben, der Wohnungsausschuss aber in der nächsten Zeit in Funktion treten muß, so richtet das unterzeichnete Komitee an die Delegierten zum Parteitag die dringende Bitte, rechtzeitig ihre Anmeldung bewirken zu wollen.

Dem Wohnungsausschuss wäre es außerdem sehr erwünscht, wenn die Delegierten über die Art der von ihnen gewünschten Wohn- (ungesicherter Preis, ob einzeln oder mit mehreren, ob Privat- oder Hotelwohnung etc.) bei ihrer Anmeldung nähere Angaben machen, damit die beschiedenen Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigt werden können.

Auch diejenigen Parteigenossen, die als Gäste den Verhandlungen des Parteitages beizuwohnen gedenken, werden ersucht, dem auch diesen der Wohnungsausschuss entgegenkommen kann, ihre Anmeldung bewirken zu wollen.

Das Komitee.

J. A.: Hermans Weber, Sena, Marienstr. 26.

Soziales und Parteileben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Die Bauarbeiter in Wochum geben auf der ganzen Linie vor. Sonnabend überreichten die Bauarbeiter von Rellinghausen, Sena und Heren den Bauunternehmern ihre Forderungen. Die Frist zur Beantwortung ist kurz. — Falls die Bauarbeiter in Essen bis zum 1. September die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben, plant der Arbeitgeberbund, die Sperre bis zum Frühjahr auszudehnen. — 900 bei den Hafenarbeiten beschäftigte Steinbrecher in Montevidéo zerstörten die Maschinenanlagen, was eine Einstellung der Arbeit auf unbestimmte Zeit zur Folge haben wird. Auf allen Baustellen rühr gleichfalls die Arbeit infolge eines allgemeinen Ausstands der Maurer und Zimmerleute.

In dem Massenstreikprozeß der Breslauer „Volkswehr“

ist Termin zur Hauptverhandlung auf Montag, den 21 August, vor der Breslauer Strafkammer angesetzt. Das Verfahren wegen Aufregung zu Gewalttätigkeiten ist nicht gegen Genossen Verhafteter eingeleitet, sondern gegen den verantwortlichen Redakteur der „Volkswehr“, Böbe. Dennoch war der Vortrag nicht zufriedenstellend, wohl aber sein Abdruck, der fast stenographisch genau den Wortlaut wiederholte. Doch ist Herrstein von der Staatsanwaltschaft als Zeuge geladen worden. Die Verteidigung hat Rechtsanwalt Karl Liebknecht übernommen.

Die Bewegung der Färbereiarbeiter in Glauchau und Merxane

ist nun vollends beendet. Eine Versammlung derselben, die Sonnabend nachmittag stattfand, nahm folgende Resolution an: „Die Versammlung der Färberei- und Appretur-Arbeiter und Arbeiterinnen erklärt, daß die von den Unternehmern gebotenen Zugeständnisse für sie keine zufriedenstellenden sind, daß sie aber bereit sind, unter den gegebenen Verhältnissen Frieden zu schließen und die Arbeit am Dienstag, den 15. August, wieder aufzunehmen.“ Wenn die Arbeiter mit dem Erreichten auch nicht zufrieden sind, so sind sie doch faktisch und moralisch die Sieger geblieben. Ihre Forderung war an sich so geringsfügig, daß sie gewissermaßen nur die dringende Anerkennung ihrer Bedürftigkeit nach einer Lohn-erhöhung enthielt. Das ist erreicht. Die Unternehmer haben in ihren Zugeständnissen an die Arbeiter sogar weiter gehen müssen, als sie ursprünglich wollten. Nicht freiwillig, sondern durch das feste Auftreten der Arbeiter gezwungen. Diese räumten ohne Banden alle formalen Einwände der Herren gegen die Verhandlungen mit der Arbeiterschaft beiseite, ließen eher auch jederzeit durchblicken, daß sie ohne ein Entgegenkommen der Unternehmer auch die Konsequenzen

einer Aussperrung ruhig auf sich nehmen würden. Diese Aussperrung hätte bei der Hartnäckigkeit der Arbeiter bedeutet, daß den Unternehmern alle Vorteile aus der Hochkonjunktur vor Zukunftsrisiken der neuen Handelsverträge verloren gingen. So mußten sich die Unternehmer zu einer Einigung bereit finden, welche die Arbeiterschaft nie von der Hand gewiesen hätte, obgleich ihre Forderungen wahrlich niedrig genug bemessen waren. Damit ist ein Kampf beendet, der gerade über dem Criminationsplan das Wasser an die Mühlsteine angestoßen hätte.

Wahlische Sklaverei.

Der königliche Landrat in Freienwalde a. O. veröffentlicht im „Obernährmer Kreisblatt“ eine Note von fünf konträrkühnen Landarbeitern mit dem Ersuchen an die Polizei- und Gemeindebehörden, geeignete Maßnahmen zur Ermittlung der Leute zu treffen und dem Landratsamt, sowie dem Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer Nachricht zu geben. Zugleich fordert die amtliche Stelle die Landwirte auf, jeden Fall von Kontraktbruch dem Arbeitsamt der Landwirtschaftskammer zu melden. — Und da sage noch einer, daß unsere Behörden nicht die Interessen des Publikums wahrnehmen!

Wie viel Parteigenossen sind in Berlin und Umgegend politisch organisiert?

Die Antwort auf diese Frage versucht ein bekannter Parteigenosse in folgender Aufzählung im „Vorwärts“ zu geben. Er schreibt: In den sechs Berliner Wahlkreisen und den beiden benachbarten Teltow-Bezirk-Teltow-Storkow-Charlottenburg und Niederbarnim wurden am 15. Juni 1903 insgesamt 330 456 sozialdemokratische Stimmen abgegeben. In der unten mitgeteilten Tabelle ist der Versuch gemacht, zusammenzustellen, wie viel Berliner Genossen in den einzelnen Wahlkreisen nach den Jahresberichten für 1904 organisiert waren. Zur Erläuterung der Tabelle seien einige Bemerkungen vorausgeschickt. Die Zahlen sind entnommen den Berichten, die für das Jahr 1904 in den einzelnen Wahlkreisen erstattet sind. Bei der Vergleichung der einzelnen Wahlkreise sind einige Momente zu beachten. Das Geschäftsjahr einiger Wahlkreise schließt mit dem 1. Januar, andere mit dem 1. Oktober, auch dem 1. September ab. Ferner enthalten die veröffentlichten Berichte teils nur die Anzahl der Mitglieder, teils bei Beginn des Geschäftsjahrs vorhanden und im Laufe des Geschäftsjahrs zugekommen oder abgetreten sind, also nur die Zahl der bei Schluß des Geschäftsjahrs dem Vereine angehörenden Mitglieder. Für eine statistische Erfassung der Zahl der Mitglieder und für die wirkliche Stärke der Organisation maßgebend kann nur die Durchschnittszahl sein, die sich aus der Summe der Mitgliederjahresbeiträge (eventuell unter Berücksichtigung der gestundenen Beiträge) ergibt. Diese Zahl fehlt teilweise bei den Jahresberichten. Soweit es möglich war, ist diese Zahl aus den über die Massenverhältnisse gemachten Darlegungen ergänzt. Ferner ist bei der Zusammenstellung berücksichtigt, daß die Stadtbezirke 180 a bis 181 c (Gegend um den Bleichhof herum) gemeindepolitisch zu Berlin gehören, in Berlin IV organisiert sind, aber zum Reichstagswahlbezirk Niederbarnim gehören. Diese Bezirke mit jetzt etwa 35 000 Einwohnern gaben bei der Reichstagswahl 1898: 1778 sozialdemokratische und 651 andere Stimmen ab. Bei der Wahl 1903 zählten diese Bezirke 6928 Wahlberechtigte; von diesen gaben 4146 Wähler sozialdemokratische Stimmen ab, 1333 Stimmen fielen auf Kandidaten der Gegner oder waren unglücklich. Es sind deshalb die 4146 sozialdemokratischen Stimmen in der nachstehenden Tabelle, die einen Vergleich zwischen den Wahlkreisen und der Zahl der Organisierten ermöglichen will, Niederbarnim ab- und Berlin IV zugeordnet. Unberücksichtigt hat bleiben müssen, wie viel Genossen in anderen Berliner Wahlkreisen organisiert sind, als denen, in welchen sie wahlberechtigt sind. Die Zahl dieser Genossen, die in einem stärkeren Wahlkreise wohnen, mit Zustimmung desselben aber in einem schwächeren Kreise organisiert sind, wird

schonisch 300 bis 400 übersteigen, würde das Gesamtbild nicht ändern. So wünschenswert es wäre, daß die Grundzüge, nach denen die Mitgliederzahl in den einzelnen Wahlkreisen berechnet wird, überall gleichmäßig wären, hat bei der nachstehenden Tabelle mit dem nun einmal vorhandenen Verschiedenheiten gerechnet werden müssen. Die so ermittelte Tabelle gibt folgendes Bild über die Organisationsverhältnisse von Berlin und Umgegend.

Es waren im Wahlkreis	Im Jahre 1904 organisiert		im 16. 6. 03 im 6. 6. 03 im 16. 6. 03 im 6. 6. 03 im 16. 6. 03 im 6. 6. 03	Prozentlage der Organisierten im Verhältnis zu den bei der Wahl 03 abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen
	1. Durch schnitt	am Schluß		
Berlin I	468	675	5315	8,8 bis 12,7
Berlin II	3086	3217	34995	8,8 " 9,2
Berlin III	1635	2392	15124	11,1 " 15,8
Berlin IV	7339	8656	72904	10,1 " 11,9
Berlin V	908	1410	14568	6,2 " 9,9
Berlin VI	10348	12176	79478	13,0 " 15,3
Teltow-Bezirk- Storkow				
Charlottenburg	7398	10112	73854	10,2 " 13,7
Niederbarnim	5281	?	34218	15,4 " ?
Gesamt-Berlin u. Umgegend	36513	43919	330456	11,05 " 13,2

Nach 36 500 bis 40 000 (für die Zahl am Jahres-
schluß haben wir für Niederbarnim, dessen Bericht nur eine
ungefähr dem Massenbericht vorhandene Durchschnittszahl an-
gibt, diese auch als Schlusszahl eingetragt, wiewohl diese er-
heblich höher sein mag) in Wahlvereinen organisiert sozial-
demokratische Wähler sind gewiß eine eifrigste große Armer.
Aber trotz der außerordentlichen Fluktuation der Bevölkerung
innerhalb Berlins sowie von und zu Berlin erreicht die Zahl
der organisierten Parteigenossen nur den achten bis zehnten Teil
der bei der letzten Reichstagswahl für die Sozialdemokratie
abgegebenen Stimmen. Dies Verhältnis zeigt, wie dringend
nötig auch für Berlin die organisatorische Arbeit, die
Aufklärung und Gewinnung der Massen, Jagd nach und Zu-
sammenfassung für die Organisation ist. Auf den Namen
eines Sozialdemokraten kann nur der An-
spruch erhoben, der seine Pflicht erfüllt,
einem sozialdemokratischen Wahlverein beizutreten. Darum
gerufen, hinein in die sozialdemokratischen Wahlvereine. Wer
nicht Mitglied eines sozialdemokratischen Wahlvereins ist,
erfüllt nicht seine Pflicht als Arbeiter und als Kämpfer für
Freiheit und Recht. — Auch in Lübeck steht die Zahl der
politisch organisierten Arbeiter durchaus nicht in einem ge-
sunden Verhältnis zu der Zahl der bei den Reichstagswahlen
abgegebenen sozialdemokratischen Wahlstimmen. Für die poli-
tisch indifferenten Arbeiter gilt deshalb ebenfalls die
Parole: Hinein in den Sozialdemokratischen
Verein!

Aus Stadt und Fern.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Der im Arbeitshause in Pflaßburg untergebrachte
26 Jahre alte Matthias Rohrmann wurde von der Sa-
berner Strafkammer wegen Majestätsbeleidigung zu
zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Geheimnisse der „Kasernenfamilie“.

Unter der
Spitzmarke „Unvorschriftsmäßige Behandlung Untergebener
im 73. Infanterieregiment“ berichtete vorige Woche der
„Volksfreund“ in Hannover über einen Vorgang im Exer-
zierplätzen, wo am 27. Juli abends zwischen 6 und 7 Uhr,
16 Mann, darunter einige Einjährige, angeblich Straf-
maßnahmen machen mußten. Unter anderem mußten, so hieß es,

Um den Porbeer der Wissenschaft.

Roman von Friedrich Thieme.

(47. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Was hast du mir noch zu sagen?“ Klang es hart und herb von den Lippen des Geheimrats.

Leopold gelang es mit dem Aufwand aller seiner schwachen Kräfte, sich halb emporzurichten.

„Ich wollte ihn ja nicht herüberholen“, verteidigte er sich mit tonlosem Organ. „Er war ja tot — tot — und da dachte ich — da ich doch, wenn ich nicht erkrankt wäre, die Reise mitgemacht haben würde, dem Toten könne der Ruhm doch nichts mehr nützen und er könne mir ihn ohne Schaden für sich abtreten. Ich besaß das eine seiner Bücher — mit dem, was ich noch von ihm alles gehört, wußte ich genug, um meine Behauptung zu begründen, er hatte mir ja fast nichts vorenthalten — die Träger waren niedergemacht — nirgends Berrat zu fürchten — so kam ich zu dem Entschluß.“

Leopold nickte laut; nachdem er neue Kräfte gesammelt, fuhr er mühsam fort:

„Als er plötzlich lebend vor mich hintrat, glaubte ich in die Erde sinken zu müssen. Alles gab ich verloren, bis ich seinen Zustand erkannte. Das verriet mir Mut, ihm entgegenzutreten. Er sah genau so aus, als ob er sterben würde. Leider starb er nicht, so sehr ich auch von Tag zu Tag auf die Wertschätzung hoffte. Ich belächelte ihn, um zu forschen, ob nicht doch vielleicht ein Beweis zistiere, der gegen mich zeugen könnte. Ich wußte von dem anderen Buch, suchte aber, nachdem ich seine Schwester durch eine List entfernt, vergebens danach. Was half es, ich mußte es darauf ankommen lassen und gab mich der Hoffnung hin, es sei bei dem Leberfall verloren gegangen . . .“

Neue Pause.

Schweigend hörte der Geheimrat die Weichte seines

Sohnes, welchen er vor wenigen Tagen noch in den Himmel gehoben, als den Ruhm und Stolz seines Alters gepriesen. Streng und mitleidslos ruhten seine Augen auf ihm.

„Er kam ins Frennhaus — o wie ich innerlich auf-
atmete! Aber er genas wieder . . . noch nun stand für
mich alles auf dem Spiele! Mehr als ich verlor, wenn
mein Betrug offenbar wurde, konnte ich nicht verlieren, so
setzte ich alles auf eine Karte: sobald ich sicher war, daß er
sein Buch nicht mehr besaß, beharrte ich bei meinen Angaben;
der Zustand, in dem er zurückkehrte, seine Krankheit, er-
leichterten mein Werk. O denkt nicht, es sei mir nicht schwer
geworden — ich habe die entsetzlichste Todesangst ausge-
standen all die Zeit, ich habe keine Nacht mehr richtig ge-
schlafen; Wind und Laub saufen mir Entsetzen zu — jetzt
ist alles vorbei.“

Der Alte atmete tief auf.

„Ja, vorbei“, höhnte er, „für dich vielleicht — ich
muß für deine Schurerei büßen.“

„Der arme Reinhard, o welch schweres Leid hast du
ihm zugefügt! Wie hast du das nur tun können, Leo-
pold?“

Wera war es, welche so sprach, und mit tränendrüsem,
traurigem Antlitz blickte sie vorwurfsvoll zu dem Bruder auf,
dessen Augen, eben noch grau und klug, einen fast
wilden Ausdruck erhielten, als er jetzt die Faust ballte und
ausrief:

„Reinhard? Ich hasse ihn von ganzer Seele!“

Leopold —

„Ich habe ihn von ganzer Seele — ihn und alle seine
Angehörigen! Wera, Schwester, du mußt mir geloben,
ihm niemals anzugehören — es ist meine letzte Bitte an
dich!“

„Sie wird nie dem Feind ihres Hauses die Hand reichen,
so lange ich Atem habe, es zu verhindern,“ zischte giftig der
Geheimrat.

„Beripricht du mit das, Wera?“ hat mit kurzem Atem
und schwacher Stimme der Kranke, ihr erwartungsvoll die
Hand entgegenstreckend.

Wera richtete sich aus ihrer halbliegenden Stellung —
sie hatte sich über das Lager des Bruders gebeugt — em-
por. Unendliche Entrüstung, Bestreben, Enttäuschen, Ber-
öchtigung lag wie eine deutliche lesbare Schrift in den schönen,
lieben Zügen und farbte in ihrer Sprache ab als sie schnei-
dend sich zu dem Vater wandte, und den Blick voll auf ihn
richtend, sagte:

„Ich werde weder Leopolds Bitte, und wenn es seine
letzte ist, erfüllen, noch in diesem Falle dir gehorchen,
Papa.“

Bornig fuhr der stolze Mann auf sie los.

„Du wagst es, dich meinem bestimmt ausgesprochenem
Willen zu widersetzen?“

Sie sah ihn furchtlos, stolz an.

„Ja — in diesem Falle — weil es ein schlechter Wille
ist —“

„Wera —“

„Ihr denkt nur an euch, nicht an den Unglücklichen, der
beinahe Leben, Ehre und Bestand durch euch verlor! Denkt
Ihr nicht daran, daß uns zu sühnen obliegt? Statt dessen
mühtet Ihr ihn noch unglücklicher machen, als er schon ist,
ihm auch noch die letzte Hoffnung rauben — ja das Lebens-
glück von Tochter und Schwester müdet Ihr ohne Scham
eurem Haff opfern — und warum das alles? Was tat
auch denn Reinhard? Er verteidigte ein Heiliges, seine
Ehre! Verdient er dafür eurem Haß, daß Leopold
zum Räuber an ihm geworden ist? Ist denn gar keine
Scham mehr in dir, Bruder, daß du ob der Bemütung,
die du an mich fühlst, dein Gewissen schlagen läßt? Nein,
ich erkläre euch offen: mich sollt Ihr nicht auch in den Ab-
grund eures Tuns herabziehen, auch ich habe in Recht auf
Liebe und Güt! Und dann: es ist unsere heiligste Pflicht,
wenigstens in etwas wieder zu sühnen, was wir an diesem

die Leute selbstständig ausgerüstet und mit Sandsäcken besetzt im Kreise dauerlängst machen, angeblich 20 Minuten. Dabei sei ein Schneider, der erst am Tage vorher aus dem Lazarett entlassen war, schlapp geworden; ein Einjähriger sei, sein Gewehr von sich werfend, plötzlich niedergestürzt. Nach den Angaben des „Volkswille“, die ihm „von mehreren Seiten“ bestätigt sind, habe sich der die Aussicht führende Feldwebel Paul zunächst nicht um den Mann gekümmert, dieser sei erst von den gleichmäßig im Exerzierschuppen anwesenden Spielzeugen herausgezogen worden. Der Einjährige sei bewußtlos ins Lazarett gebracht worden, wo er mehrere Tage lag. Am anderen Morgen meldeten sich zufolge der Ueberanstrengung dann noch weitere vier Mann krank. Nun meldet im Anschluß daran der „Volkswille“ weiter, daß am Sonntag, den 30. Juli, beim Appell der Oberleutnant sich über die Veröffentlichung des Vorganges in der Zeitung entrüstet habe, indem er ausrief: „es sei keine eble Gesinnung — er gebrauchte einen anderen Ausdruck — daß solche Berichte in die Zeitung kämen. Jedenfalls hätten dies mehrere mit nach Hause getragen, und dann sei es dem Zeitungsmenschen (!) überbracht worden. Wenn es herauskäme, wer dies mitgeteilt habe, würde der Täter mit 14 Tagen Stramm bestraft werden. Die Soldaten sollten das, was in der Kaserne passiere, in der Kaserne lassen und nichts hinausbringen, wenn was in ihrer Familie passiere, käme ja auch nicht an die Öffentlichkeit. Wenn ein schwacher Kerl mal schlapp würde, könne doch niemand etwas dafür; das käme bei schwach veranlagten Naturen manchmal vor. Eigentlich hätten die Leute mit drei Tagen bestraft werden müssen, weil sie mit ungepauhten Sachen zum Dienst angetreten seien.“ Diese Rede wird hoffentlich den Anlaß geben, daß im Reichstage der Reichstagspräsident befragt wird, ob es auch die Ansicht der Militärverwaltung ist, daß derartige Dinge in der Kasernefamilie bleiben. Es handelt sich hier um die Ehre des Volks, und über deren Behandlung unterrichtet zu werden, hat die Öffentlichkeit ein Recht. Das Volk läßt sich keine Unterdrückungs- und Beschönigungsversuche mehr gefallen, und es verlangt die strengste Verfolgung aller Soldatenhändel. Uebrigens ist, wie die „Frankf. Ztg.“ mitteilt, wegen des Vorfalls eine Untersuchung gegen den Feldwebel Paul angeordnet. Mehrere Soldaten, die an jener Straßübung teilgenommen, sind schon vernommen worden, darunter auch obgenannter Schneider. Weiter wurde am Freitag durch Parolebefehl bekannt gemacht, daß am Montag beim Kriegsgericht eine Untersuchungsverhandlung stattfinden, wozu sämtliche daran beteiligten Mannschaften geladen wurden.

Wahr, weil es unglaublich ist. Zu welchen standesmäßigen Konsequenzen die Fleischwucherergeschichte führen kann, ließ eine Verhandlung gegen den holländischen Torfgräber Bakker vor der 2. Strafkammer erkennen. Der Genannte arbeitete diesseits der holländischen Grenze in Schönwaldsdorf und hatte sich eines Tages zur Behrung ein Stück Wurst im Gewicht von etwa einem Pfund mit nach seiner Arbeitsstätte gebracht. Dabei wurde er von einem Grenzbeamten abgefaßt und auf Grund des Reichs-Viehsteuergesetzes, daß die Einfuhrung verarbeiteten Fleisches von Holland in das deutsche Zollgebiet untersagt, unter Anklage gestellt. Seine Inhaftierung dauerte vom 8. bis 28. Mai. Bakker erklärte, daß er das Gesetz nicht gekannt habe. Das Schöffengericht Meppen sprach ihn frei, die Strafkammer aber verurteilte ihn wegen Umgehung der Zollstation zu einer 12-Monats Gefängnisstrafe, die durch die erlassene dreiwöchige Untersuchungshaft als erledigt angesehen wurde. Wegen einer Wurst drei Wochen Haft und eine 12-Monats Gefängnisstrafe! Es geschähen wilde Sachen im Vieh-agrarischen Rechtsstaat!

Graf Bückler-M. Thierne ohne Versammlungsaal. Noch am Donnerstag übte sich Graf Bückler vor der Glogauer Strafkammer der Erfolge seiner Berliner Tätigkeit. Als er am Freitagabend wieder eine seiner öffentlichen Versammlungen abhalten wollte, mußte er die Erfahrung machen, daß er ohne die Berliner Saalbesitzer gerechnet hatte. Der Graf ist augenblicklich in der unange-

Antschuldigen gezeichnet — kann ich dazu etwas beitragen, so will ich es von ganzem Herzen, ich folge seinem Ruf, sobald er an mich ergeht, und mein ganzes Leben will ich nicht vergessen, daß ich eine große Schuld an ihn abzutragen habe und die höchste, aufopferndste Liebe und Barmherzigkeit soll jeden Tag von neuem für meinen Bruder seine Vergebung erlangen!

Sprachlos horchte Selal dieser Rede — war das seine Tochter, das sanfte, gefügige, willenlose Geschöpf, das er mit einem Wink seiner Augen zu lenken pflegte? Schon einmal hatte er sie verwundert betrachtet, als sie fest und entschlossen das Geheimnis der Freundin vertrat. Nun trat sie gar vor ihn hin als Bittstellerin und sagte ihm direkt Pflicht und Gehorsam auf — zürnend wollte er schon den ganzen Grimm seiner in ihren Tiefen erschütterten Seele auf sie entladen, als sein Blick noch einmal dem ihren begegnete, so hochzeitlich und selbstbewußt, daß er zurückwich und ohne ein Wort an das Fenster trat, um die eben stattgehabte Szene noch einmal im Geiste zu bedenken.

Und plötzlich glühten seine finsternen Augen auf, einige Worte seiner Tochter flammten wie Funken auf, die ein wunderbares Licht im Dunkel seines Herzens entzündeten.

Sie, das bescheidene, liebevolle Geschöpf, hatte ihm den einzigen Ausweg aus diesem furchtbaren Labyrinth gezeigt! Ja, wenn er noch einen Rest seines Ansehens, wenn er seine Ehre retten wollte, — und nur sein eigenes Ich kam für ihn in Frage, — so mußte er seinen Sohn opfern und mit fliegenden Fahnen in das Lager des Siegers übergehen! Unbedenklich hätte er Reinhard Hohl untergehen sehen; für ihn stand nicht mehr in Frage, ob Leopold Recht oder Unrecht hatte, seine Ehre erforderte, daß seine Sache sich behauptete — das war ihm nicht gelungen — mochte er die Folgen seiner Taten selber tragen! Er, der Geheimrat, freckte mit einem Male sein Haupt wieder empor, der strenge Blick milderte sich, ja es zuckte wie ein Blitz über ihn — nach einer Weile wandte er sich stumm, ging zu seiner Gattin, die noch immer mit trüber Miene vor sich hinstarrte, richtete ihren Kopf empor, drückte ihre Wange an die seine.

(Schluß folgt.)

haben Sie, nicht zu wissen, wo er seine Gefolgschaft am sich versammeln soll. Zunächst hatte ihm der Wirt der Germania-Bierstube mitgeteilt, daß er seinen Saal nicht wieder erhalten würde, wenn nochmals eine Versammlung ausgesetzt würde. Der Graf versprach, sich zu mäßen. Mehr Minuten nach Eröffnung der Versammlung war sie aufgelöst. Der Saal ist für Bildler-Versammlungen jetzt nicht mehr zu haben. Die Tonhalle wurde dem Grafen nach der letzten Versammlung, die mit einer Schlägerei endete, verweigert. Und endlich der dritte der Säle, in denen Graf Bückler gewöhnlich seine „Vorstellungen“ gab, Louis Kellers Festsaal in der Koppenstraße 29, ist dem Grafen so gut wie verschlossen. Herr Keller will nur dann noch die „Bildler-Garde“ beherbergen, wenn ihm vorher 500 Mk. für seinen Saal bezahlt werden. Donnerstagsabend war es jedenfalls Bildlers Freunden unmöglich, einen geeigneten Saal für die angekündigte Versammlung zu erhalten. Das Wärtchen hat sich gewendet. Früher bemühten sich einige Gastwirte um Bildler-Versammlungen; jetzt lehnen sie ab. Der Schaden an nicht getrunkenem Bier und, wie in der Tonhalle, an beschädigtem Mobiliar ist jetzt zu groß, als daß der Saalbesitzer das Risiko auf sich nehmen könnte, der Knippelgarde des zu Gewalttätigkeiten aufregenden Redners die Saalverrichtung preiszugeben.

Ein Brandunglück. Sonnabend stürzte ein Blitzstrahl das Wohnhaus des Besitzers Hub. Groß-Bestienau (Kreis Graubünden) ein. Die Ehefrau und zwei Kinder des Besitzers sind in den Flammen umgekommen. Der Besitzer wurde durch schwere Brandwunden.

Woran der Staatsanwalt denkt. In dem letzten Kölner „Simplicissimus“-Prozess bildet die Anklageschrift ein interessantes Dokument. Sie lautet wörtlich:

Köln, Juni 1905.

Preßsache.

An das Königl. Landgericht, Strafkammer VI in Köln. Anklageschrift der Königl. Staatsanwaltschaft in Köln. Der Buchhändler Otto Müller zu Köln, Fackelstraße Nr. 1, geboren zu Neuhaldensleben am 5. September 1872, Atheist, verheiratet, nicht adient, kostenpflichtig, wegen Vergehen gegen § 184 B. G. B. I. St. G. B. bestraft, Strafnachricht eingefordert, wird angeklagt, zu Köln im Mai 1905 eine unzüchtige Schrift, nämlich Nr. 7 des 10. Jahrganges des „Simplicissimus“, feilgehalten und verkauft zu haben. Vergehen gegen § 184, B. G. B. I. St. G. B.

Beweismittel: 1. Einlassung des Angeklagten, 2. Zeuge Pastor Wendland, Kamelenstraße 30. **Ermittelungen:** Im Mai 1905 kaufte der Zeuge Wendland bei dem Angeklagten die Blatt 1a der 10. Jahrgang Nummer des „Simplicissimus“, welche letzterer mit der Seite 80 in seinem Schaufenster ausgestellt hatte.

Auf Seite 80 ist unter der Ueberschrift: „In höchster Not“ folgende Szene dargestellt:

Ein Mann und eine Frau liegen in einem Bette, beide sind bis aufs Hemd entkleidet. Im Hintergrund erscheint der Ehemann der Frau, und der im Bette liegende Mann macht eben Anstalten, aufzuspringen, um sich hastig anzukleiden. Die unter dem Wlbe befindliche Unterschrift:

„Um Gotteswillen, mein Mann, tun Sie, als ob Sie mich nicht kennen“, gibt unzweideutig zu verstehen, daß die im Bette liegenden Personen von dem Ehemann der Frau beim Ehebruch überrascht wurden.

Die ganze Darstellung dieser Ehebruchszene, zumal die Abbildung der nur mit einem leichten Hemde bekleideten Frau, den Busen halb entblößt, ist objektiv wohl geeignet, das Scham- und Sittlichkeitsgefühl in geschlechtlicher Beziehung gröblich zu verletzen.

Der Angeklagte will den unzüchtigen Charakter des Bildes nicht erkannt haben, doch ist diese Einlassung völlig unglaubwürdig. Ein bloßer Blick auf das Bild und die aus ein paar Worten bestehende Unterschrift mußte ihn darüber aufklären, daß es sich um eine unzüchtige Schrift handelte. Daß er in der Tat auch diese Erkenntnis gehabt hat, dafür spricht der Umstand, daß er, um Käufer anzulocken, die in Rede stehende Nummer des „Simplicissimus“ gerade mit der Aufschrift, also mit der hier beanstandeten Abbildung, im Schaufenster seines Geschäftslokales angehängt hat.

Es wird beantragt, das Hauptverfahren vor der Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts zu eröffnen.

Der erste Staatsanwalt.

gez. Ritz.

Kein Mensch außer einem Staatsanwalt und Pastor wird bei dem eleganten Bilde Reznitzels an etwas anderes denken als an die schneidende Satire des Witzes. Niemand stellt sich den Ehebruch vor, niemand sieht das Hemd und den halb entblößten Busen. Der Staatsanwalt aber schaut statt des Witzes den Ehebruch, statt der Satire das Hemd, statt der Kunst des Zeichners den halb entblößten Busen.

Wenn übrigens schon ein gezeigter halb entblößter Busen auf Staatsanwälte und Pastoren unzüchtig wirkt, welche Empfindungen müssen da die Leute bei den lebendig fleischernen und auch gar nicht nur halb entblößten Busen haben, die auf Postbällen Zwangsvorwürfen sind. Und welche Stätte der Unzucht muß die Berliner Oper an den höfischen Salatagen sein, wo die Besucherinnen sogar gewaltsam genötigt werden, den Busen zu entblößen!

Korrigiertes Kriegsurteil. Am 28. Mai d. J. war der Pionier Ludwig Fischer vom 2. Bataillon in Speier auf dem Schifferfest in Speier. Er betrank sich, wurde gegessig und verletzte dem in Zivil anwesenden Trompeterunteroffizier Konrad einen Stoß auf die Brust. Der Angegriffene und einige Zeugen befragten vor Gericht, daß Fischer sinnlos betrunken war. Der Kommandant gab ihm das Zeugnis eines brauchbaren Soldaten, nur im Zustande sinnloser Trunkenheit sei er solcher Ausschreitungen fähig. Endlich erklärte ein Arzt den Angeklagten, dessen Mutter geisteskrank ist, für erdlich belastet. Dem Kriegsgericht waren aber diese entlastenden Aussagen nicht maßgebend. Es nahm an, Fischer sei zwar betrunken gewesen, aber nicht sinnlos. Das gehe daraus hervor, daß er, als man ihm die Unter-

offiziersgeißelung des Konrad nannte, rief: „Wenn Da auch Unteroffizier bist, kannst Du doch ein paar erwischen.“ Auch habe Fischer nach seinem fehlenden Seitengewehr gefragt. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 1 Monat Gefängnis. Das Oberkriegsgericht in Würzburg, vor dem sich der gleiche Tatbestand wie in der ersten Verhandlung ergab, erkannte jedoch auf Freisprechung. Die Neußerung des Angeklagten bezog sich auf den Unteroffizier sei nichts anderes als die Notzwingung eines schwer Betrunknen; von einer Schuld desselben könne das Gericht sich nicht überzeugen.

Die Bestie im Menschen. Kürzlich wurden in Dänischen zwei Raubmörder hingerichtet, die eine Frau erbrochelt hatten. Nach altem französischen Brauch wurde die Hinrichtung öffentlich vollzogen, und herrlich offenbarte sich die abscheuliche Wirkung des barbarischen Schauspiel auf das Publikum. Der Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ erzählt: „Grauame Zeit vor der Exekution waren die dem Gefängnis gegenüberliegenden Häuser mit Anklodigungen bedeckt, daß Fenster zu vermiethen seien; acht Nächte vorher waren die zu recht ansehnlichen Preisen vermietheten Zimmer bis zur Morgendämmerung von einer lärmenden Menge besetzt, die sich nicht durch eine unversehens andereraumte Hinrichtung von dem seltenen Genuß bringen lassen wollte. Je höher die Ungebuld und die Befürchtung, vielleicht doch das Geld unnütz ausgegeben zu haben, gestiegen waren, um so heftiger war die Befriedigung, als endlich eines Morgens bei Laternenschein die Guillotine aufgebaut wurde. In einem Pariser Blatte berichtet ein hiesiger Reporter: „An den Fenstern sieht man Männer, Frauen, Kinder, kleine Mädchen, Babys in den Armen ihrer Mütter, alle Augen sind auf Sachen gerichtet, die man da in der Dunkelheit anspricht und die mit dumpfem Klirren auf das Straßenpflaster fallen.“ In den anliegenden Straßen hatte die durch ein statliches Militärangebot verstärkte Polizei alle Mäße die schauergierige Menge zurückgehalten. Selbst die Dächer waren dicht besetzt von Menschen. Nachdem man eine Zeit der Arbeit der Fensterknechte zugehört und ihren Ansprüchen Dehler hatte hochleben lassen, nahm man den gewohnten Zeitvertreib wieder auf: aus den Häusern ertönen Gesang und Gelächter; hier ruft einer auf der Gitarre eine spanische Serenade, dort trommelt einer auf dem Klavier einen Walzer ab. Die Tische sind mit Speise und Trank besetzt wie in der fehhlichen Wägnachtsnacht. Ueber die Vorgänge der Hinrichtung selbst darf man billig schweigen. Freudenbegehrt begrüßte die armen Sünder, der Henker, eine notwendige, aber widerliche Persönlichkeit, hatte ein dankbares Publikum, von allen Seiten erbaten nach dem Falle des Beils begeisterte Rufe: Bravo! bravo! Hoch Dehler! Als der zweite Kopf im Korbe lag, versuchte die Menge unter wildem Getöse den Beamten die kopflozen Deichname zu entziehen, um an ihnen ihr Mitleid zu fühlen, nur mit großer Anstrengung gelang es, sie zurückzubringen. In der ersten Reihe der privilegierten Zuschauer stand der Gatte der Ermordeten, ein weißhaariger Mann, in feierlich schwarzem Rode, einige Medaillen auf der Brust; er lud nachher den Herrn Dehler ein und brachte einen Trinkpruch auf den Mörder aus. Eine Reihe Pariser Blätter, sogar einzelne, die sich für vornehm halten, ließen sich dieses erhebende Schauspiel nicht entgehen, ihre Schilderungen verbleteten sich über alle Einzelheiten; ein Morgenblatt hatte sogar die Geschmackslosigkeit, die abgeschlagenen Köpfe — „eigens photographiert von unserm Sonderberichterstatter!“ — dem Publikum vorzuführen.“ Man sieht, der Rohheit der Exekution entspricht ihre verrohenbe Wirkung.

Wie man sein Glück „macht“. Die Gattin eines Gutsbesizers aus Naghycsa (Ungarn) wußte ihren Mann dazu zu bewegen, daß er seine Einwilligung gab, mit Hilfe einer „berühmten“ Zigeunerin aus Naghomiros für sich und ihre Familie „das Glück zu suchen“. Die Zigeunerin war zu der Dienstleistung sofort bereit, nur sollte sich das Ehepaar all ihren Anordnungen fügen. Die Frau mußte mit ihrem Mann und unter Begleitung einer Zigeunerin um Mitternacht von Naghycsa an die Kreuzung der Naghycsa-Bombolyar und Csatab-Reksaer Straßen fahren und auf dem Wege in einem Tuche tausend Kronen frei in der Hand halten, diesen Betrag aber auf das erste hörbar werdende Glodenzucken dem danach Greifenden überreichen, auf das zweite Läuten die im Wagen befindlichen mitgebrachten 12 Zentner Weizen abladen, auf das dritte Läuten schleunigst umkehren und nach Hause fahren. So geschah es auch. Die auf dem Wagen mitfahrende Zigeunerin zündete, als sie in die Nähe der Straßenkreuzung kamen, als Signal eine Laterne an, machte allerlei Hohnspolax, bis auf dem Hottterhügel ein „Teuillisch“ und eine Gestalt sichtbar wurde, die ebenfalls solche Zauberbewegungen machte. Ein verborgener Zigeuner gab die drei Glodenzucken, ein zweiter übernahm das Geld, zwölf Zwerge, natürlich Zigeunerkinde, umsprangen den Wagen, begannen von dem Weizen zu essen und trugen ihn fort. Diese Komödie wurde laut „West. Z. hob“, schon zweimal aufgeführt. Auf diese Weise entlockte die Zigeunerin der Frau, die eine bessere Schulbildung genossen hat und sonst keineswegs zu den „Unaufgeklärten“ gezählt werden kann, schon nahezu 12000 Kronen. Sie hätte ihr Spiel nach weiter getrieben, wenn nicht ein netzhilcher Ghythamosef Zigeuner den ganzen Schwindel aufgedeckt haben würde. Da erst wendete sich die Frau an die Gendarmerie, um wenigstens einen Teil des Geldes zu retten. Die Zigeunerbande aber ist selbster nach allen Windrichtungen zerstreut. — Einen „friedlichen“ Verlauf nahm ein zweiter Fall: Eine Bäuerin wollte mit Hilfe derselben Zigeunerin einen anderen Mann erhalten und übergab ihr 140 Kronen. Ihr Gatte kam aber hinter die Geschichte und prügelte seine Ehehälft jämmerlich durch. Diese drastische Exzision hat gründlich gewirkt, und die Bäuerin wünscht sich nun keinen andern Mann mehr.

Ämliche Notierungen der Produktenbörse.
Inländisches Getreide. Lübeck, 12. August.
Weizen, 125—130 Pfd. holl., Mt. 16,00—16,30, Roggen, neuer Ernte, 122—126 Pfd., Mt. 14,00—14,50, Hafer, alter, je nach Qualität, Mt. 14,00—14,60, Gerste, je nach Qualität, Mt. 14,00—15,00.